

b unabhängige **auernstimme**

Dezember 2006

Nummer 295 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



„Bestes
vom Bauern“

AbL-Versammlung

Viele sind gekommen. Bei der Auftaktveranstaltung diskutierten Politiker aus EU, Bund und Ländern über die Zukunft der Agrarfelder und mehr. Seite 12-13

Gen-Saatgut aus Südamerika

In Chile und Costa Rica experimentieren die Saatgutmultis mit Gentechnik. Nicht selten findet man Spuren davon im konventionellen Saatgut, das nach Europa kommt. Seite 16

CMA bröckelt

Schon wieder oder immer noch? Die Spitze des Bauernverbands mobilisiert, doch die Basis hat längst einen anderen Weg eingeschlagen. Es wird zur Machtfrage. Seite 13

Die Seite 3	
Die Basis der CMA bröckelt	3
Agrarpolitik	
Nun eben bilateral	4
Wie die EU Industrieinteressen vertritt	
Wer wird denn gleich Wein(en)?	5
EU-Kommissionsvorschläge für Weinmarktreform sind stark umstritten	
Milch	
Campina-Milch: Drei Tage im Tank	6
Wenn die MUH mit der Humana	6
Bewegung	
Von Menschen, Polizisten und strahlenden Castoren	8
EU-Hähnchenfleisch gefährdet Bauern in Afrika	8
Zwischenruf	
Klimaschutz und Landwirtschaft – Potenziale nutzen	10
Schwerpunkt AbL-Versammlung	
„Rendezvous in Brüssel“	12
EU-Beamter Dirk Ahner und Staatssäkretär Gerhard Lindemann	
Lasst Euch nicht blenden	13
Baden-Württembergs Minister Peter Hauk und SPD Fraktionsvize Ulrich Kelber	
Biodiversität	
Vielfalt bedroht	14
Nachbau	
Terminator-Saatgut in grünem Kleid	15
Fernsehstar Linda	15
Gentechnik	
Gentechniksaatgut fällt nicht vom Himmel	16
Von der Vermehrung transgenen Saatguts in Chile und Costa Rica	
Amflora, eine Kartoffel, die es in sich hat	17
Rumänien	
Von köstlichen Tomaten und falscher Bescheidenheit	18
Weitere Themen	
Aus Feld, Stall und Umfeld zu Besuch bei Jörn Manke und Benno Wörle, Seite 9; Landleben, Seite 19; ein Bauer erzählt, Seite 19; Lesen und Schauen, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23	

Campina schlägt wieder zu. Es ist kaum zu fassen. Der niederländisch-deutsche Molkereikonzern plant, die Milch nur noch alle drei Tage, also zweimal wöchentlich, von den Milchbauern zu holen. Das ist nicht weniger als ein massiver Angriff auf die Verbraucher und die Bauern. Was mag nur in den Köpfen der Vorstandsfunktionäre dieser Konzerne vorgehen?

Geht es nicht am Leben und an der Wahrheit vorbei, wenn die Milch erst bis zu drei Tagen nach dem Melken in immer größeren Tanks steril gehalten werden muss, dann über die Autobahn geschaukelt, einen Tag verarbeitet (pasteurisiert und abgepackt) wird, eine Nacht im Verteillager weilt, dann einen Tag zu Lidl braucht, um dann in die Regale zu gelangen? Wenn dann noch ein Wochenende dazwischen liegt, sind es acht bis zehn Tage, bis der Verbraucher die „frische“ Milch auf dem Tisch hat.

Welch ein Verschaukeln von Verbrauchern! Wissen wirklich nur noch Bauern, was frische Milch ist, wie echt die ungekühlte Milch direkt aus dem Euter schmeckt und was man alles damit machen kann? Ist es wirklich verwunderlich, wenn immer mehr Kinder wegen Allergien Milch nicht mehr trinken können! Wirklich frische Milch direkt vom Erzeuger ist und bleibt das Beste und ist ein wertvollstes Lebensmittel.



Kommentar

Oh, wie frisch

Auch die Bauern wird es treffen. Wie viele bäuerliche Betriebe werden durch so eine Entscheidung von Campina angesichts ohnehin angespannter finanzieller Lage sogar in den Ruin getrieben? Es muss bei dreitägiger Abholung mindestens ein neuer Tank und eine stärkere Kühlung her, eine Investition, die bei Erzeugerpreisen von 25 Cent pro Liter nicht möglich ist. Wer investiert schon in Milch, solange die Erzeugerpreise bei weitem nicht die Kosten decken? Es ist ein Skandal, dass Milch weit billiger als Mineralwasser ist: Welch eine Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit von Bauern und Bäuerinnen, die die Tiere täglich mel-

ken und füttern. Wie viele müssen wieder aus der Produktion aussteigen?

Vielleicht wäre es hilfreich, wenn Aufsichtsrat und Vorstand von Campina mindestens eine Woche im Jahr im Kuhstall arbeiten würden. Es könnte helfen, den Bezug zur Wirklichkeit wieder herzustellen. Sie könnten neu denken lernen, es gibt andere Dimensionen als „billigen Rohstoff“.

Es sind auch die Methoden von Campina, die aufhorchen lassen. Zur Zeit gehen die „Spione“ auf die Betriebe und checken, was möglich ist. Erst natürlich bei den großen, industrialisierten Betrieben, die als erstes umrüsten (selbstverständlich lockt ein Mehrpreis), die kleinen Betriebe können dann ja später die Tankanlagen der größeren günstig kaufen. Hoppla, hatten wir das nicht schon mal, als Tuffi – heute Teil von Campina – sich die Finger verbrannt hatte beim Einführen des Staffelpreises? Haben nicht ein Drittel der Bauern bei Tuffi gekündigt (ca. 250 Mio. Liter!), als dieselbe Milch unterschiedlich bezahlt wurde, nämlich besser für große Betriebe, schlechter für kleinere?

Es scheint klug zu sein, rechtzeitig vor Jahresende die Kündigungszeiten bei Campina genau zu studieren!

Gysa von Bonin, Milchbauer im Sauerland (Nordrhein-Westfalen)

Meldung des Monats

Die Legehennenhalter müssen doch weiter bangen, zumindest jene, die sich auf die neue Haltungsverordnung von Minister Seehofer und Bundesratsmehrheit verlassen wollten und Hennen in „ausgestaltete“ Käfige stecken wollen. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat am 21. November beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht ein Normenkontrollverfahren gegen die Seehofer-Version der Verordnung einzureichen. Die in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorgesehene Kleingruppenhaltung verstoße gegen das Tierschutzgesetz, da sie pro Tier nur wenig mehr Platz als ein DIN A-4-Blatt biete. Die ausgestalteten Käfige erlaubten kein artgerechtes Verhalten. Mit dem bloßen Verweis auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit würden wirtschaftliche Interessen der Tierhalter zu stark gewichtet und die Belange des Tierschutzes nicht ausreichend in die Abwägung miteinbezogen, so die Begründung aus Mainz. Ministerpräsident und SPD-Chef Kurt Beck und Umweltministerin Margit Conrad räumen der Klage „gute Aussichten auf Erfolg“ ein. *pm*

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 0 23 81/9 05 31 71, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 0 23 81/49 22 89, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Die Basis der CMA bröckelt

Müller kehren CMA den Rücken. Geflügelverband zerstritten.
Marktführer der Molkereien haben Widerspruch eingelegt. Es werden mehr

Mit dem Verband Deutscher Mühlen (VDM) hat sich Mitte November erstmals einer der 41 Gesellschafter der CMA (Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH) gegen die CMA gestellt. Die Mühlen sehen keinen großen Nutzen mehr in den Aktivitäten der CMA. Wenn in ihren Werbekampagnen Brotwaren auftauchen, sieht man vor allem den Schinken, „der drauf liegt und rechts und links noch drüberhängt“, erklärt Manfred Weizbauer, Hauptgeschäftsführer des Mühlenverbandes. Die CMA betreibe eben keine Produktwerbung mehr, sondern Verbundwerbung. Und wenn die Werbung dann noch unter dem Motto Fitness läuft, ist noch nicht mal mehr das Brot mit Belag, sondern der Salat daneben der „Eyecatcher“, der die Blicke auf sich zieht.

Mühlen gegen CMA

Aber nicht nur beim Produktmarketing, auch bei der Exportförderung sehen die Mühlen ihre Interessen bei der CMA schlecht vertreten: „Der Mehlexport läuft ganz überwiegend über Staats-handelsgeschäfte, z.B. mit Ägypten. Wenn die CMA da eine Messe durchführt, wird kein Kilogramm Mehl mehr verkauft“, erklärt Weizbauer. Wenn dagegen CMA-Maßnahmen den Export von Getreide etwa nach Italien verstärken, liefe das sogar gegen die Interessen der Mühlen, denn dann verknappe sich die Rohstoffbasis der Mühlen hierzulande.

Die Mühlen wollen die über 3 Millionen Euro, die sie jedes Jahr an den Absatzfonds und damit maßgeblich an die CMA abführen, lieber selbst für Werbung einsetzen. Dabei bietet sich gerade bei Mehl eine Gemeinschaftswerbung an, denn es gibt kaum Markenartikler. Aber die Mühlen wollen es eben nicht mehr mit der CMA machen. „Von den Beiträgen der Mühlen kommen über Werbemaßnahmen der CMA nur etwa 20 bis 25 Prozent in unseren Bereich an, der Rest geht bei der CMA in Werbung für QS, in Overhead-Kosten (Personal), Auslandsaktivitäten und anderes“, so Weizbauer.

Die Haltung des Mühlenverbandes kommt nicht überraschend, denn der Marktführer unter den Mühlen, der im

Verband ein großes Gewicht hat, gehört zu den drei Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft, die mit ihren Klagen gegen die Zwangsabgaben an den Absatzfonds vom Verwaltungsgericht Köln bestätigt worden sind. Das Gericht hält – wie die Kläger – das Absatzfondsgesetz mittlerweile für verfassungswidrig. Es hat das Bundesverfassungsgericht um Klärung in dieser Frage angerufen. Mit einer Entscheidung in Karlsruhe wird in frühestens zwei Jahren gerechnet, bis dahin ruhen die Klageverfahren.



Gerät zunehmend unter Druck: DBV-Präsident Gerd Sonnleitner verteidigt die CMA bei jeder Gelegenheit. Jeder Widerspruch gegen die Abgaben schwächt seine Position.
Foto: Jasper

Immer mehr Widersprüche

Bekanntlich beziehen sich viele Unternehmen auch aus anderen Branchen, etwa Molkereien, Schlachtunternehmen oder Eierpackstellen, auf die laufenden Klageverfahren und legen Widerspruch gegen Beitragsbescheide ein. Zuständig für das Einziehen der Abgaben ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) in Bonn. Laut Angaben der zuständigen Mitarbeiterin gehen hier weiter Widersprüche ein. Bedeutende Molkerei-Unternehmen zählen zu denen, die bereits Widerspruch eingelegt haben: genannt werden die Nordmilch AG, die schon alleine auf Abgaben von rund 5 Mio. Euro im Jahr kommt, die Humana Milchunion eG (rund 4 Mio. Euro Abgaben im Jahr), die Milchunion Hoheifel eG (MUH, rund 1 Mio. Euro Abgaben im Jahr) und andere.

Einige Quellen sprechen davon, dass mittlerweile schon über 40 Prozent der eingehenden Abgaben mit Widersprüchen belegt sind. Das bedeutet, die Bei-

träge werden zwar gezahlt, müssen aber vom Absatzfonds zurückgezahlt werden, falls die oben genannten drei Klagen Recht bekommen, also das Bundesverfassungsgericht die gesetzliche Grundlage des Ganzen – das Absatzfondsgesetz – für verfassungswidrig erklärt.

DBV sammelt Unterschriften

Bisher scheinen die Aktivitäten des Deutschen Bauernverbandes (DBV) bzw. seiner Spitze nicht so recht zu fruchten. Denn sie kritisieren die Widersprüche als Angriff auf die „Solidarität“, mit wem auch immer. Der DBV belässt es allerdings nicht bei Aufrufen. Der Generalsekretär Born telefoniert selbst herum, um von möglichst vielen Einzelverbänden und CMA-Gesellschaftern ihre Unterschrift für eine Erklärung pro CMA und Absatzfonds zu bekommen. Und so kommen nun in fast wöchentlichem Abstand Presseerklärungen an die Öffentlichkeit, wer sich gerade wieder für die CMA ausgesprochen hat. Die Gemüseerzeuger waren schon dran, die Zierpflanzenbauer und auch der Bund der Deutschen Landjugend (BDL).

Geflügelbranche zerstritten

Auch beim Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) hatte

Born angerufen und Druck gemacht. Auf ihrer Mitgliederversammlung hat der Vorstand zwar die Mehrheit für eine entsprechende Erklärung bekommen, aber es gab heftige Diskussionen und Gegenstimmen. Namhafte Firmen werden als Kritiker genannt, die sich aber noch mit öffentlichen Stellungnahmen zurückhalten. Deutlich wird, dass es mit der Eintracht beim Thema CMA nicht weit her ist.

Bauern stimmen ab

Das alles belegt, wie stark die Spitze des Deutschen Bauernverbandes unter Druck steht. Es geht nicht nur um Geld, sondern auch darum, welches Gewicht der Bauernverband in der Agrarwirtschaft noch innehat. Jeder Widerspruch ist als Beleg dafür zu werten, dass der DBV es nicht schafft, seine Bauern hinter der Forderung nach Erhalt dieser CMA und der Zwangsabgabe zu versammeln. Denn wenn die Bauern erklären würden, sie lehnten die Widersprüche „ihrer“ Genossenschaften (z. B. Molkereien) ab, dann würde die Zahl der neuen Widersprüche vielleicht abnehmen. Aber es ist genau umgekehrt: Immer mehr Bauern fordern ihre Flaschenhalsbetriebe auf, Widerspruch einzulegen, damit sie gegebenenfalls ihre Beiträge zurückbekommen können. Wenn man so will, läuft derzeit die erste Urabstimmung, die es in der Landwirtschaft seit Jahren gegeben hat. Nicht der DBV hat dazu aufgerufen, die Bauern organisieren es selbst.

uj

CMA muss sparen. Finanzplan für das Jahr 2007

Absatzfonds-Mittel (reguläre)	2006	2007
Produktwerbung und Kommunikation	38.000.000 EUR	19.500.000 EUR
Exportmarketing	15.000.000 EUR	10.500.000 EUR
Qualitätssicherung (QS u. a.) und Entwicklungsmarketing (zentral-regionales Marketing)	5.500.000 EUR	5.500.000 EUR
Presse/Internet	900.000 EUR	900.000 EUR
Gemeinkosten (Personal)	15.000.000 EUR	14.000.000 EUR
insgesamt	75.000.000 EUR	50.000 EUR

Die Tabelle zeigt die regulären Ausgaben der CMA aus dem Absatzfonds. Hinzu kommen noch erhebliche weitere Mittel, Sondermittel aus dem Absatzfonds, EU-Mittel und andere Einnahmen. Was die Tabelle nicht verrät, ist die hohe Kürzung beim zentral-regionalen Marketing. Der Ansatz ist halbiert worden auf 1,3 Mio. Euro. Die Landesmarketing-Gesellschaften sind empört.

NRW-Minister täuscht Milchbauern

Ende Oktober kritisierte der AbL-Landesverband gemeinsam mit dem BUND Nordrhein-Westfalen die einseitigen Streichungen des Ministeriums bei der Förderung der Weidehaltung, die besonders Milchviehbetrieben zugute kommt, und bei weiteren Förderungen aus der zweiten Säule. Den Minister Eckhard Uhlenberg (CDU) hat die Kritik besonders getroffen, weil sie der Presse auf einem Hof nahe seiner Heimat vorgetragen worden ist. Als Reaktion ließ er sein Ministerium eine Pressemitteilung verschicken, die den Eindruck erweckt, die Weidehaltungsprämie werde gar nicht gestrichen, sondern fortgeführt.

Unter der Überschrift „NRW-eigene Weidehaltungsprämie wird bis 2010 fortgeführt – Gute Perspektiven in Sicht“ steht da: „Uhlenberg stellte klar, dass die Weidehaltungsprämie für Milchvieh bis 2010 fortgeführt wird. In den letzten Tagen sind rund 10,5 Mio. EUR Weidehaltungsprämien an die Landwirte ausgezahlt worden. Bis 2010 werden es voraussichtlich insgesamt rund 52 Mio. EUR sein.“ Daraus könnte man lesen, dass das Programm fortgeführt, also weiterhin Anträge ans Ministerium gestellt werden könnten. Der Ernährungsdienst zum Beispiel titelte eine Meldung zur Pressemitteilung so: „NRW hält an Weidehaltungsprämie fest“.

Doch das ist falsch. Es werden keine neuen Anträge angenommen. Fortgeführt werden nur bestehende Fünf-Jahres-Verträge. Weil die letzten Verträge im Jahr 2005 geschlossen wurden, enden die letzten 2010. Die genannten 52 Mio. Euro beziehen sich auch nicht auf die kommenden Jahre, wie man meinen könnte. Es ist die Summe der Weideprämien für alle bisherigen Jahre und die folgenden bis 2010. AbL und BUND bleiben daher bei ihrer Kritik. *uj*

Unfallversicherung: Prüfauftrag

Nun also doch. Nach Presseangaben lässt Bundesminister Horst Seehofer nun doch prüfen, ob eine Umstellung der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) von einem umlagefinanzierten auf ein kapitalgedecktes System finanzierbar ist.

Die Prüfung soll offenbar Prof. Klaus Heubeck aus Köln vornehmen, der schon im Jahr 2002 ein Gutachten angefertigt hatte, das er nun aktualisieren soll. Damals war er zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Umstellung für neue Fälle von Unfallrenten weder für den Bund noch für die Landwirte attraktiv gewesen wäre. Seehofer erhöhte mit der kolportierten Äußerung, ab 2008 könnten möglicherweise gar keine Bundesmittel mehr an die LUV fließen, den Druck auf das System. Der DBV (Deutscher Bauernverband) hat sich wiederholt für ein Umstieg im System ausgesprochen und fordert selbst erhebliche Leistungskürzungen, so dass die entsprechenden Leistungen von den Betrieben oder den Betroffenen dann selbst getragen werden müssten. *uj*

Präsidenten-Anwärter für Subventionen

Der derzeitige französische Innenminister und UMP Präsidentschaftsanwärter Nicolas Sarkozy sieht keinen Grund an der bis 2013 festgeschriebenen Agrarreform zu rütteln.

Auf einer Veranstaltung der bürgerlichen Volksbewegungsunion UMP verteidigte er staatliche Hilfen für Bauern. Diese seien für die ländliche Entwicklung, die Ansiedlung von Junglandwirten und den Erhalt kleiner Betriebe notwendig. Um die Einkommenssituation der Bauern zu verbessern spricht sich Sarkozy für eine starke Präsenz am Weltmarkt mit hochwertigen Produkten (Gütesiegel, Nischenprodukte und Spezialitäten) aus. Explizit nennt er aber auch regionale Vermarktung sowie den ökologischen Landbau als Möglichkeiten der Einkommenssicherung.

Der grünen Gentechnik erteilte Sarkozy eine klare Absage. „ebenso wie viele Verbraucher und Landwirte erkenne ich derzeit nicht den tatsächlichen Nutzen der in der Welt angebauten Gempflanzen. Ich teile die Zurückhaltung.“ *mn*

Kurzes am Rande

Nun eben bilateral: Wie die EU Industrieinteressen vertritt

Neues Kommunikationspapier „Globales Europa“
fordert rasche Marktöffnung – fast egal wie, ganz egal wo

In einer Pressemitteilung des EU-Rats stand Mitte November geschrieben:

„... es ist ebenso wichtig, den effektiven, sicheren, nicht-diskriminierenden Zugang von europäischen Unternehmen zu Rohmaterialien, einschließlich Energie, und zu anderen Inputs für Produktionsprozesse zu garantieren.“ Außerdem sind „diskriminierende Exporteinschränkungen in Drittländern zu begegnen, die EU-Exporte verhindern und damit die EU-Wettbewerbsfähigkeit unterminieren.“ Worauf diese Strategie abzielt ist klar. Die Märkte zu billigen Rohstoffen sollen geöffnet werden, damit Europas Konzerne ungehindert auf dem Weltmarkt einkaufen können. Gleichzeitig sind in Drittländern Handelshemmnisse für EU-Exporte abzubauen, damit hier produzierte Waren auf dem Weltmarkt auch reißenden Absatz finden.

Damit folgen die Ratsmitglieder den Vorschlägen der EU-Kommission, die kurz zuvor in dem Kommunikationspapier: „Globales Europa. Wettbewerbsfähig in der Welt“ ihre Sicht zur Zukunft der EU im Welthandel dargelegt hat. Die EU-Kommission empfiehlt, dass nach dem Aussetzen der Gespräche in der Welthandelsorganisation (WTO) bilaterale und regionale Handelsverträge vorangetrieben werden müssen. Noch einen Absatz zuvor bemerkt die Kommission, dass bilaterale Verhandlungen den unterschiedlichen Anforderungen unterschiedlich entwickelter Länder gar nicht gerecht werden. Dafür sei ein multilaterales System notwendig, in dem auch internationale Standards etwa für Arbeitsbedingungen (ILO), Umweltprogramme (UNEP) oder Gesundheit (WHO) weit besser implementiert und berücksichtigt werden könnten.

Aber über diese Belange scheinen EU-Rat und Kommission hinwegsehen zu wollen. Zwar gibt die EU in ihrem Papier vor, auch Standards in die bilateralen Gespräche einbringen zu wollen, aber derzeitige Handelspartnern halten das lange nicht für ausreichend. Gleichzeitig blicken Rat und Kommission über die EU-Grenzen hinaus, wo denn überall verstärkt bilaterale Handelsverträge geführt werden könnten. Auf der Liste stehen unter anderem die AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), Korea, Länder in Südamerika, Indien, nicht zu vergessen China.

Fazit für die Landwirtschaft

Zwar hat das Kommunikationspapier keine rechtliche Bindung, aber es setzt Eckpunkte für die künftige Handelspolitik der EU. Für die Bäuerinnen und Bauern weltweit würde das heißen, billige Rohstoffe zu produzieren. Dabei bietet gerade das Aussetzen der Welthandelsverträge noch mal Zeit darüber nachzudenken, wie bäuerliche Belange wie soziale und umweltgerechte Standards in dem Welthandel berücksichtigt und somit gestärkt werden können, um ländliche Entwicklung zu fördern und Armut zu begegnen. Diese Verantwortung haben bereits zahlreiche deutsche und internationale Organisationen übernommen. Auch die AbL wird ihre Forderung des Qualifizierten Marktzugangs in diesen Prozess einbringen.

Berit Thomsen

Die Originaldokumente der EU finden Sie unter www.consilium.europa.eu/Newsroom „Council Conclusions: Global Europe“ und das Protokoll: „DG Trade Conference Global Europe“ unter www.etuc.org, dann „Speeches“ anklicken.

WTO: Vielleicht geht's bald weiter

Die Verhandlungsgespräche in der WTO sollen schon Anfang nächsten Jahres weitergeführt werden. Dafür haben sich kürzlich in einem informellen Gespräch in Genf ein Grossteil der landwirtschaftlichen Delegierten ausgesprochen. Im Juli hat WTO-Chef Pascal Lamy das Aussetzen der Doha-Entwicklungsrunde verkündet. Und seither hat kein multilaterales Treffen mehr stattgefunden, lediglich kamen die Delegierten in kleineren Gruppen zusammen, um über die Möglichkeiten einer Aufnahme der Handelsverträge zu diskutieren. Gleichzeitig brodelte kräftig die Gerüchte- und Spekulationsküche, wann es in der WTO wohl weitergehen könnte. Jedenfalls gibt es außer dem guten Willen derzeit noch kein Konzept, wie die festgefahrenen Gespräche wiederbelebt werden können.

In den USA haben nach den Kongresswahlen nun die Demokraten den Vorsitz in den Landwirtschaftsausschüssen des Repräsentenhauses und im Senat übernommen. Die Demokraten sind bekannt für eine kritischere Position gegenüber einer weiteren Öffnung der US-Märkte. Dabei haben bisher die USA in den Welthandelsverträgen die weitestgehende Marktöffnung gefordert. Für eine Wiederaufnahme der WTO-Gespräche ist eine Verlängerung der Handelsvollmacht von Georg W. Bush notwendig. Die derzeitige läuft im Juli 2007 aus. Ohne diese Vollmacht könnte der Senat internationale Verträge nach verhandeln und würde damit die Position des Präsidenten bei den Welthandelsverträgen unterhöhlen.

bet

Wer wird denn gleich Wein(en)?

EU Kommissionsvorschläge für die Weinmarktreform sind stark umstritten

Im Oktober gab die Europäische Kommission 10 Millionen Liter französischen Wein für die Destillation zu Industrialkohol frei. Hintergrund war das Bestreben, den überlaufenden Weinmarkt zu entlasten. Das macht deutlich, dass eine Reform des Weinmarktes dringend nötig ist, damit die Überproduktionen abgebaut werden. Über die Ziele einer Reform herrscht denn auch weitestgehend Einvernehmen: Der übersprudelnde europäische Wein soll wieder in geregelte Bahnen geleitet, seine Tradition und Qualität bewahrt und gleichzeitig soll er international wettbewerbsfähiger gemacht werden. Doch die Meinungen darüber, wie dies zu erreichen ist, liegen weit auseinander.

Weintourismus soll helfen

Die Weinlobby fordert statt einer Rodungsprämie Positivmaßnahmen, damit der Weinüberschuss doch noch einen Markt findet. Von der EU finanzierte Werbekampagnen, Marktstudien, „Wein-Tourismus“ und Exporthilfen sollen neue Märkte erschließen und alte zurück erobern.

Verödete Weinberge und entvölkerte Landstriche sind sicherlich keine schöne Vorstellung, dennoch ist es fraglich, ob Werbekampagnen und Tourismus tatsächlich eine Lösung darstellen, denn: Erstens hat die Kommission vor kurzem angekündigt, eine Bekämpfung des Alkoholismus

Winzer hart treffen, zumal manche Weine, wie z. B. Champagner, in der bekannten Form nur mit Zucker hergestellt werden können. Einzige Alternative für die Winzer ist der Zukauf von Süßmost, der allerdings erheblich teurer ist als Zucker. Der Entzug von Traubensaft würde allerdings wiederum den Weinmarkt entlasten. Ein Verbot wäre für die EU nicht unproblematisch, da der Aufpreis für den teuren Mostkauf gegebenenfalls von der EU getragen werden muss.

Billig oder traditionell?

Die Standards der OIV sind aber nicht generell ein Garant für eine traditionelle Weinherstellung ohne Zusatzstoffe. In einem ersten Schritt hin zum

OIV-Standard wurde bereits im Oktober vom Europarat die Verwendung von Eichenholzchips erlaubt. Die Holzchips werden dem Wein beigefügt, um ihm billig einen Eichenfassgeschmack zu geben. Die traditionell genutzten Eichenfässer müssen alle drei bis vier Jahre ersetzt werden, um den typischen Barickgeschmack im Wein zu erreichen. Manche der Beteiligten sehen dies als Schritt hin zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit, während andere wie Winzer R. Muth aus Rheinhessen es: „als Täuschung des Verbrauchers“ bezeichnen. Nun liegt es an den einzelnen Mitgliedstaaten, ob sie das Verfahren für ihre Weine zulassen. Viele sähen solche Entscheidungen allerdings lieber bei den Regionen, denn die Besonderheit von europäischen Weinen liegt

in den regionalen Unterschieden stellt DWV-Präsident Weber fest: „Deutsche suchen nicht deutschen Wein, sondern Wein von der Mosel, Rheingau etc.“

Deshalb haben sich jetzt die Weinregionen Rioja, Hessen, Toskana und Aquitaine zusammengeschlossen, um sich mehr Mitentscheidungsrechte zu erkämpfen.

Ausblick

In Anbetracht dieser Fülle von Positionen macht die EU-Kommission, was auch bei einem guten Wein meist nicht falsch ist: Sie nimmt sich Zeit und verschiebt den für Anfang 2007 geplanten Legislativvorschlag ein paar Monate nach hinten. Bleibt zu hoffen, dass diese Monate genutzt werden, um einen für alle Interessenverbände akzeptablen Kompromiss auszuhandeln.

Marie zu Löwenstein

Weinbestände gehen zurück

Während die EU an Maßnahmen arbeitet, um gegen die Überproduktion auf dem Weinsektor vorzugehen, meldet Österreich schon für dieses Jahr abnehmende Lagerbestände.

Sowohl bei Rot- als auch bei Weißweinen lichten sich demnach die Bestände. Schon jetzt lagern 10 Prozent weniger in den Kellern als noch vor einem Jahr. Alle die auf den nicht alkoholischen Traubensaft schauen: Auch hier sind die Reserven um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Noch deutlicher ist der Rückgang der Lagerbestände bei Schaumweinen, die um 24 Prozent abnehmen. Im Gegensatz allerdings nahmen die Einfuhren fremdländischer Weine um 30 Prozent zu. Sorgen um leere Weinkeller sind demnach unbegründet. pm



In Zukunft ist ungewiss, ob die Baricknote vom Holzfass kommt.

Foto: Schloss Johannisberger Weingüterverwaltung

EU-Vorschläge abgelehnt

Die von der Europäischen Kommission im Sommer vorgelegten Vorschläge sind inzwischen von den verschiedenen Interessenverbänden geprüft worden. Einige Ideen stoßen dabei auf heftige Kritik. Zum Beispiel der Vorschlag, den Überschüssen durch die Rodung von Weinbergen beizukommen. Der Deutsche Winzer Verband (DWV) kritisiert: „Das Rodungsprogramm schöpft sofort jenes Geld aus den geplanten nationalen Finanzrahmen ab, das für die Umstrukturierung des Weinbaus dringend nötig ist.“ Auch COPA COGECA (Dachverband der europäischen Bauernverbände und Genossenschaften) spricht sich gegen die Rodung aus, denn „während Europa rodet, pflanzen Drittländer weiter an. Das bedeutet, dass wir einen existierenden Markt einfach Weinproduzenten außerhalb der EU überlassen.“

in Europa zu starten, welche sich denkbar schlecht mit Weinwerbung verträgt, und zweitens haben auch Weinländer wie Australien große Überschüsse, mit denen sie auf den Weltmarkt drängen.

Zucker oder Traubensaft?

Ein weiterer Streit ist über die Frage losgebrochen, welche Verfahren zur Weinbereitung in Zukunft erlaubt sein werden. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass die EU-Standards denen der internationalen Weinorganisation OIV angeglichen werden. Dabei gibt es ein großes Hindernis, denn in der OIV ist es nicht erlaubt, Wein mit Zucker anzureichern. Hier tut sich ein vielschichtiger Konflikt auf, denn im Norden der EU wird seit jeher Zucker bei der Weinbereitung verwendet. Will man den OIV Standard übernehmen, müsste dies verboten werden. Das könnte viele

Fusionen für Manager

Auch im Hinblick auf Fusionen im Agrarbereich ist folgendes Zitat des Tengelmann-Inhabers Karl-Erivan Haub bedenkenswert: „Angestellte Manager agieren allzu kurzfristig und haben die falschen Anreize. Das sieht man auch an den dauernden Akquisitionen und Übernahmen. Das freut öfter mal die Analysten, befriedigt das Manager-Ego und treibt kurzfristig den Kurs... Langfristig sind die meisten Akquisitionen schlecht gelaufen. Es gibt Studien, wonach weit mehr als 50 Prozent die gesteckten Ziele nicht erreichen...“ *fas*

Lettland

Die Landwirtschaft spielt in Lettland noch eine große Rolle. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt 4,40 Prozent. In Deutschland ist es gerade noch ein Prozent. Allerdings schreitet auch in Lettland der Strukturwandel voran. Allein in den zwei Jahren bis Juli 2005 ging die Zahl der Betriebe um 7.700 zurück. Die Größe der Betriebe stieg in diesem Zeitraum von 22,8 auf 29 ha. Derzeit sind noch 1,95 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Dies wird sich in den nächsten Jahren aber grundlegend ändern, wenn der vorgezeichnete Trend anhält. Wenn es in Lettland in den kommenden Jahren nicht zu einer massiven Übergabe der Betriebe an Junge kommt, wird der Strukturwandel durch die altersbedingte Aufgabe vieler Betriebsleiter (46 Prozent über 55 Jahre) weiter angeheizt werden. Ca. die Hälfte der 44.900 Betriebe produzieren in der Hauptsache für den Eigenverbrauch. *pm*

Geflügel weltweit

Big Dutchman erwartet offenbar ein vermehrtes Wachstum der Geflügelbranche in Asien und Ozeanien. Um die langen Lieferwege von Europa zu umgehen, eröffnet das Unternehmen ein Logistikzentrum in Malaysia nahe der Stadt Kuala Lumpur. Das weltweit führende Unternehmen in Sachen Stall- und Fütterungstechnik will von Malaysia aus Länder wie Japan, Korea, die Philippinen, Thailand, Australien und Neuseeland beliefern. *pm*

Schwimmende Tiere 1

Die Kuh heißt Nilpferd. Und dass nicht, weil sie dick und fett ist, sondern weil sie gerne baden geht. Da aber die wenigsten Weiden einen See besitzen, brach „Nilpferd“ regelmäßig aus und ging im Main oder nahegelegenen Seen baden. Sehr zum Unmut des Besitzers. Denn die regelmäßigen Bäder wirkten sich nicht besonders förderlich auf die Milchmenge aus. Wegen geringer Leistung sollte Nilpferd zum Schlachter. Diesem Schicksal entging die wasserliebende Kuh und fand Asyl in Bayern, wo sie nahe Deggerndorf eine Wiese mit Pool bekam. *pm*

Schwimmende Tiere 2

Wenn man Kühe nach dem japanischen Kobepinzipp mästet, soll ihr Fleisch besonders zart werden und die Preise sind dementsprechend hoch. Das Geheimnis ist, dass die Tiere täglich massiert werden. Rinder lassen sich diese Behandlung gerne gefallen. Bei Schweinen kommt die Massage dagegen weniger gut an. Um dennoch ein besonderes Kotelett zu erzeugen, ließ sich ein englisches Farmerhepaar einen großen Pool in den Garten bauen. Anstatt der Massage dürfen die Schweine nun dreimal die Woche schwimmen gehen und tun dies mit Begeisterung. *pm*



Überraschung. Auch für Kühe.

Foto: Korpeter

Kurzes am Rande

Campina-Milch: drei Tage im Tank

Wer sich im Internet bei Campina informiert erfährt, wie dass mit der Milch so geht. Denn „Kühe geben jeden Tag Milch. Und die Produktionsbetriebe von Campina benötigen jeden Tag Milch.“ Von einer täglichen Abholung ist aber auch Campina schon lange zum zweitägigen Rhythmus gewechselt. Jetzt steht der nächste Schritt an. Dreitägige Abholung. Aus Sicht der Molkerei sind die Beweggründe leicht nachvollziehbar. In Folge der reduzierten Milchtouren können Kosten eingespart werden. Für den Bauern dagegen ist es die Chance, seine alte Kühl- und Lagertechnik auf den neuesten Stand zu bringen. Weg mit der energiefressenden Kühlung und dem alten Spülautomat. In Zeiten von Klimawandel und Energieknappheit doch ein willkommener Anlass. Sollte man meinen. Natürlich sind hiermit Kosten verbunden. Gut wenn nur die Milchwanne ausgetauscht werden muss. Wenn das größere Modell auch noch in die Milchammer passt. Andernfalls kommen größere Umbauten auf die Milchproduzenten zu. Da freut es, dass Campina die Umstellung als offenen Prozess betrachtet. Einen Zeitpunkt, an dem im gesamten Liefergebiet nur noch alle drei Tage abgeholt wird, konnte bei Campina keiner der Verantwortlichen nennen. Gene-

rell, so die Auskunft, findet das ganze Verfahren auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen statt. Was aber passiert, wenn nur ein Teil der auf einer Tour liegenden Landwirte umstellt? Campina versucht, die Landwirte durch eine Belohnung für hohe Liefermengen für das Drei-Tage-Modell zu gewinnen. Je mehr Milch der Tankzug pro Anfahrt mitnimmt, umso höher der Auszahlungspreis. Ab 2.000 Litern sind es 0,1 Cent, ab 2.500 schon 0,2 Cent/kg. Der Bonus steigert sich über mehrere Schritte bis auf 0,71 Cent/kg bei einer Menge von über 10.000 Litern. Bei einem Stalldurchschnitt von 8.500 Litern und dreitägiger Abholung sind dies immerhin schon 150 Kühe, die gemolken werden wollen. Wer eine geringere Milchleistung hat oder weniger Kühe muss sich mit einem niedrigeren Auszahlungsbonus begnügen. Der große Verlierer aber ist derjenige, der seinen noch gar nicht so alten Milchtank austauschen muss. Denn eins ist sicher: Selbst 0,71 Cent/kg Aufpreis und der geringere Stromverbrauch können nicht darüber hinweg täuschen, dass die Investition für den Landwirt ein Verlustgeschäft ist. Da hilft es auch nicht, wenn man sich morgens um Fünf beim Gang durch die Milchammer im neuen Tank spiegeln kann. *mn*

Wenn die MUH mit der Humana

Die Humana Milchunion Unternehmensgruppe und die Milchunion Hocheifel haben eine enge Partnerschaft beschlossen, die, wenn es nach dem Willen der Geschäftsführer geht, zu einer Fusion der beiden Unternehmen führt. Damit folgen die beiden Unternehmen dem Kurs, den das von der Raiffeisen im Frühjahr dieses Jahres vorgelegte Strategiepapier für die zukünftige Entwicklung der Molkereibranche in Deutschland vorgibt: Wachsen durch Fusion. Eine für alle Beteiligten gelungene Fusion bedeutet aber, dass beide Partner zusammen passen bzw. sich an geeigneter Stelle sinnvoll ergänzen. Aus Sicht der Milchlieferanten unterscheiden sich die beiden Unternehmen jedoch deutlich. Der Auszahlungspreis der MUH liegt an der Spitze im deutschen Milchpreisvergleich. Der Auszahlungspreis der Humana dagegen, so ein internes Gutachten der beiden Unternehmen, liegt im Schnitt ca. 2 Cent niedriger. Ein Grund zur Sorge? Nein, sagt ein ehemaliges Vorstandsmitglied aus Luxemburg. In den Vereinbarungen ist ganz klar festgehalten, dass die Humana ihren Preis an den der MUH heranführen muss. Ein Mittel, dies zu erreichen, sind Veränderungen an den Standorten der Humana. Ob sich dahinter die Schließung ganzer Betriebsstätten oder „nur“ eine – in der Regel mit Kündigungen

einhergehende – Effizienzsteigerung einzelner Betriebsstätten verbirgt bleibt offen. Für die Bauern beider Molkereien kommt die Information überraschend. Wer denkt, in Genossenschaften herrschten transparente Strukturen, sieht sich getäuscht. Nur eine kleine Gruppe bestehend aus Geschäftsführer, Aufsichtsratsvorsitzendem und dem Vorstandsvorsitzenden haben auf Seiten der MUH die Rahmenbedingungen für die Kooperation erarbeitet. Einen Auftrag von den Genossenschaftsmitgliedern hatten sie nicht. Umso überraschter waren diese, als ihnen das fertige Konzept vorgelegt wurde. Wenn sich die Landwirte an den Entwicklungen ihrer Molkerei beteiligen wollen, ist Eile geboten. Nach dem jetzt geschlossenen Partnerschaftsabkommen erfolgt Ende Januar der nächste Schritt, in dem die Unternehmen näher zusammenkommen wollen. Erst in einem Jahr können die Bauern ihr Votum abgeben. Schlau eingefädelt. Denn bis dahin werden die Verantwortlichen weitere Tatsachen geschaffen haben, die ein Zurück erschweren. Für den Geschäftsführer der MUH ist die angestrebte Fusion in jedem Fall ein Erfolg. Er wird mit dem gesamten Führungsstab die Geschicke des neuen Unternehmens lenken. Für die Angestellten der Humana brechen mit den zukünftigen Chefs dagegen unruhige Zeiten an. *mn*

Ein Milchgipfel zur Quote

Seehofer äußert sich für Ausstieg aus der Quote. AbL-Vorsitzende widerspricht, dass das im Interesse der Milcherzeuger sei. Wissenschaftler raten auch gleich zur Einschränkung der Biogas-Förderung

Es war schon eine eigentümliche Einladungsliste, die Minister Seehofer da zusammenstellen ließ. Viele Molkereichefs, die Spitze des Bauernverbandes, die AbL und Bioland, Raiffeisenverband und Wissenschaftler. Der Akteur, der in den letzten zwei Jahren die Diskussion zu Milch in Deutschland maßgeblich bestimmt hat, der war nicht eingeladen: Der Bundesverband Deutscher Milchviehalter (BDM). Sollte sich Seehofer vom Bauernverband bestimmen lassen, wen er wann einzuladen hat?



„Zu Weltmarktpreisen kann in Deutschland kein Bauer und keine Bäuerin melken.“ Wer die Quoten abschaffen will, um Richtung Weltmarktpreis zu gehen, der setzt also bäuerliche Existenzen aufs Spiel. Foto: Jasper

äußerten sich die Wissenschaftler nicht. Dennoch klatschten die Molkereivertreter immer dann am lautesten, wenn die Abschaffung der Milchquote empfohlen wurde.

Molkereien wollen Abschaffung

Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) betonte dagegen die Vorsitzende Maria Heubuch, Milchbäuerin im Allgäu, dass eine Abschaffung der Milchquoten nicht im Interesse der Milchbauern liege, auch wenn die AbL 1983/84

gegen die Einführung der Quote gekämpft habe. Heubuch: „Wir haben Anfang der 80er Jahre den Protest gegen die Einführung der Milchquote organisiert, weil wir damals befürchtet haben, dass die Quote gegen die bäuerlichen Milcherzeuger ausgestaltet wird. Die Härtefallregelung, in deren Rahmen dann riesige Mengen

zulasten vieler Betriebe umverteilt wurden, hat uns in unserer Kritik ebenso bestätigt wie die Tatsache, dass die Politik auf Druck der Molkereien mehr Quote zugeteilt hat als dem Binnenverbrauch der EU entsprochen hätte.“ Das Verrückte sei nun, dass diejenigen, die heute nach einer möglichst schnellen Abschaffung der Quote riefen, wiederum das Ziel verfolgen, möglichst viele bäuerlichen Betriebe aus der Milcherzeugung rauszudrängen, so Heubuch.

„Wenn sich die Molkereien von der Abschaffung der Quote eine Kostensenkung auf den Wachstumsbetrieben versprechen, um den Rohstoff Milch dann billiger einkaufen zu können, zeigt das, dass sogar die Wachstumsbetriebe nicht von der Abschaffung der Quote profitieren sollen – die Molkereien wollen die Kostensenkung abgreifen.“ Dabei reiche schon heute der Milchpreis bei weitem nicht aus, um die Vollkosten der Milchviehbetriebe zu decken.

Ein Kurs, der die europäische Milchwirtschaft auf den liberalisierten Weltmarkt ausrichten will, stelle die Milcherzeugung in weiten Teilen Deutschlands gänzlich in Frage. Denn

zu Weltmarktpreisen könne hier kein Bauer und keine Bäuerin melken. „Wenn aber Milcherzeugung in Frage gestellt werden soll, warum dann nicht auf eine Weise, die helfen kann, eine nachhaltige bäuerliche Milcherzeugung zu erhalten. Die Studie, die das Bundesministerium in Auftrag gegeben hat und die auf dem Milchgipfel vorgestellt worden ist, zeigt ja, dass dieser Weg einer Quoten-Anpassung in Richtung EU-Bedarf sehr gut möglich wäre“, so Heubuch. Die Studie hat auch eine Beibehaltung und Reduzierung der Quoten berechnet, wobei allerdings gleich eine Reduzierung um 15 Prozent angesetzt worden ist.

Angst vor Biogas

Der stellvertretende AbL-Vorsitzende Bernd Voß, Milchbauer aus Schleswig-Holstein, war ebenfalls nach Berlin gereist. Er ging auf die von Wissenschaftlern und Molkereivertretern vorgetragene Forderung ein, dass die Politik die Förderung der nachwachsenden Rohstoffe stark zurückfahren solle. Voß: „Dass diese Forderung auch heute so vehement vorgetragen worden ist, zeigt vor allem, wie nervös die Molkereien sind. Sie bangen schon bei den heutigen Preisen um den Rohstoff Milch. Sie wissen genau, dass bei niedrigen Milchpreisen die Erzeugung von Biogas für viele Milchviehbetriebe eine Alternative ist. Nun aber von der Politik zu fordern, sie solle Innovationsförderung für diese Alternative kappen, damit die Molkereien den Milchpreis weiter drücken können, ohne ihre Rohstoffbasis zu gefährden – das ist schon ein dolles Ding. Das macht deutlich, wie weit die Interessen von Bauern und Molkereien offenbar auseinander liegen können.“ Voß ergänzte: „Es ist erfreulich, dass Minister Seehofer den Molkereien hier keine Hoffnung machte.“

Festlegung bis Juli 2007

Bundesminister Seehofer will eine feste Position der Bundesregierung, möglichst abgestimmt mit den Bundesländern, bis Mitte nächsten Jahres erreichen. Beim Milchgipfel am 3. November tendierte er klar in Richtung Abschaffung der Quote. *uj*

Fragwürdig war auch die Runde der Referenten. Da war zuerst Prof. Weindelmeier aus München, ein Experte für die Wirtschaftlichkeit in der Ernährungswirtschaft, hier also der Molkereien. Dann Prof. Isermeyer von der FAL Braunschweig-Völkenrode und schließlich Dr. Thiele aus Kiel, der zusammen mit Isermeyer eine Studie geschrieben hat und dabei die Ökonomie der Molkereien bearbeitet hat. Für die Sicht der Molkereien blieben die Diskussionsrunden zwischen den Vorträgen.

34,4 ct/kg Vollkosten

Die Wissenschaftler fanden die günstigsten Vollkosten für Milchviehbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern, die höchsten bei 49 Cent/kg in Baden-Württemberg. Doch selbst in Mecklenburg-Vorpommern liegen sie bei 34,4 Cent/kg. Zieht man davon 6 Cent/kg durchschnittliche Quotenkosten in den Betrieben ab, die nach einer möglichen Abschaffung der Quote irgendwann nicht mehr zu zahlen wären, dann blieben Vollkosten von 28,4 Cent/kg Milch. Der Milchpreis, den die Wissenschaftler dagegen auch für den Fall voraussagen, dass die Quoten bestehen bleiben, liegt dagegen bei 20 bis 21 Cent/kg. Wie viel Milch zu solchen Preisen in Deutschland noch produziert wird, dazu

Fehler-Korrektur

In der letzten Ausgabe der Bauernstimme war auf Seite 13 in der Tabelle ein Fehler eingebaut. Dort waren die Veränderungen für „Preise“ angegeben, richtig musste es aber „Einkommen“ heißen. Das erklärte sich zwar aus dem Text, aber die Tabelle soll auch für sich stehen können. Daher drucken wir sie hier noch einmal in richtiger Fassung. *Ihre Redaktion*

Folgen eines Quoten-Ausstiegs auf Milchmenge und Erzeugerpreis in den Niederlanden (Angaben für das Jahr 2015)

Betriebs-Kategorie	Vergleichs-Szenario	WTO-Szenario			
		Quoten bis 2015		Quoten-Ausstieg 2009	
		Menge	Einkommen	Menge	Einkommen
	1.000 t	Veränderung in Prozent			
groß, mit geringen Kosten	4.983	0	-7	28	-8
groß, mit hohen Kosten	3.421	0	-8	27	-5
klein, mit geringen Kosten	1.751	0	-8	8	-10
klein, mit hohen Kosten	869	0	-8	-13	-28
Insgesamt	11.024	0	-8	21	-9

Quelle: LEI, Uni Wageningen 2006

Luftballons statt Genpollen

13.000 Luftballons bildeten den Schriftzug „Gentechnik Nein Danke“ im Berliner Regierungsviertel, bevor sie sich in die Lüfte erhoben. Die gasgefüllten Luftballons symbolisieren Genpollen, die sich frei und unkontrolliert ausbreiten.

Die Organisation Campact hatte in den vergangenen Monaten bei Verbrauchern für ihre Aktion geworben. Von der enormen Beteiligung, über 13.000 Personen beteiligten sich, war man auch beim Organisator überrascht. „Die 13.000 Ballons sprechen eine klare Sprache: Die Bürger wollen keine Gentechnik in der Landwirtschaft“ sagt Christoph Bautz von Campact. Einen Film der Aktion gibt es im Internet unter: <http://www.campact.de/gentec/ballonvideo>. mn



Willst du mit mir GEN?

Diese Frage stellen 20 Nachwuchskräfte im ökologischen Landbau. Kennegelernt haben sich die Initiatoren der Postkartenaktion über ein gemeinsames Traineeprogramm des Bundesprogramms Ökolandbau. Dem Bundesministerium als vorgesetzter Behörde hat das Engagement der jungen Leute gar nicht gefallen. Zwar wird das Bundesprogramm Ökolandbau durch das Ministerium finanziert, aber mit Kritik an der Gentechnik will man dann doch nichts zu tun haben. Die Postkartenaktion allerdings wurde aus anderen Töpfen finanziert und wird deshalb weiter bestehen. Ziel ist es, in Kneipen, Universitäten und öffentlichen Orten Menschen zu sensibilisieren, die sich bisher wenig mit der Gefahr auseinander gesetzt haben. Mehr Infos unter: www.soel.de/projekte/trainees.html mn



Die Aktion

Dieser Ausgabe der Bauernstimme liegen zwei Postkarten von attac bei – „A Hungry Man is an Angry Man“ (ein hungriger Mann ist ein wütender Mann) steht auf der einen, „A Hungry Woman is an Angry Woman“ (eine hungrige Frau ist eine wütende Frau) auf der anderen – ein Slogan, der aus einem bekannten Lied von Bob Marley stammt. Mit den Postkarten wird die Bundesregierung aufgefordert, sich in der WTO und im Rahmen von bilateralen und regionalen Handelsvereinbarungen für das Recht jeder Gemeinschaft einzusetzen, ihre kleinbäuerliche Landwirtschaft zu schützen.

Kurzes am Rande

Von Menschen, Polizisten und strahlenden Castoren

Die Demonstrationen gegen den Castor-transport waren in diesem Jahr von besonders viel Kreativität und Fantasie geprägt. Offenbar als Reaktion auf die politische Diskussion um Laufzeitverlängerungen bei Atommeilern waren deutlich mehr Menschen als im Vorjahr ins Wendland gekommen. Den Castor davon abzuhalten, seinen Bestimmungsort, das Zwischenlager in Gorleben, zu erreichen, lag allerdings nicht in ihrer Macht. Auch wenn jeder weitere Cas-

tor im Zwischenlager es politisch schwieriger macht, vom geplanten Endlagerstandort Gorleben Abschied zu nehmen und nach einer sicheren Lagerstätte zu suchen. Neben vielen Gruppen und Privatpersonen, die sich nächtelang bei Regen quer stellten, gelang es wieder einmal der bäuerlichen Notgemeinschaft, mit Beton und Ausdauer die Wege der Castoren zu versperren. Und dies trotz der 16.000 Polizisten, die das Wendland in Ausnahmezustand versetzten. mn



gegen Castor: Betonpyramiden mit Menschen dran

Foto: www.markusgolletz.de

EU-Hähnchenfleisch gefährdet Bauern in Afrika

In Kamerun ist aufgrund von europäischen Hähnchen-Billig-Importen die bäuerliche Hähnchenproduktion zusammengebrochen. 110.000 Arbeitsplätze gingen in den letzten Jahren verloren. Grund dafür war das aus der EU importierte Hähnchenfleisch, welches auf den Märkten viel billiger war als die heimische Ware. Diese Billigexporte sind für Unternehmen lukrativ, weil in Europa die Premiumstücke des Huhns wie Brust, Filetsteak und Lendchen zu lukrativen Preisen verkauft werden. Nur 40 Prozent des Schlachtgewichts eines Hühnchens landet in den Mägen der Europäer. Die überschüssigen Hähnchenteile werden auf dem Weltmarkt verramscht.

In einer gemeinsam von AbL und attac organisierten bundesweiten Vortragsreihe diskutierte Tilder Kumichii aus Kamerun mit bäuerlichen Vertreter/-innen aus Deutschland. Die Diskussionen zeigten, dass europäischen Billigexporte die Hähnchenerzeuger vor Ort durch niedrige Erzeugerpreise in die industrialisierte Produktion drängen. Eine bäuerliche Wirtschaftsweise hat keine Chance. Eine breite Bürgerbewegung in Kamerun hat erreicht, dass die Regierung Einfuhrkontingente für Hähnchenfleisch einfuhrte. Ein Erfolg für Kamerun. Aber insgesamt sind die

Hähnchenfleischexporte nach Afrika nicht zurückgegangen, sondern haben sich nur verlagert: nach Ghana, Kongo und Togo. Experten befürchten sogar, dass durch die Vogelgrippe die Hähnchenexporte künftig weiter steigen könnten, denn durch die Angst vor einer Pandemie ist der Absatz von Geflügelfleisch in einigen EU-Staaten drastisch zurückgegangen – damit füllten sich die Lagerhäuser. Und die sind immer noch voll, weil gefrorenes Fleisch innerhalb der EU kaum einen Absatzmarkt hat. Gerade diese Überschüsse könnten in den nächsten Wochen und Monaten zu Niedrigstpreisen auf den Weltmarkt geworfen werden.

Die Aktion.

Bitte unterstützen Sie unsere Aktion und schicken Sie die beiliegenden Karten (siehe Info „Die Aktion“) ab! Im Rahmen der Grünen Woche im Januar 2007 wollen wir die eingegangenen Karten an die Bundesregierung übergeben. Gleichzeitig unterstützen wir die Bürgerbewegung ACDIC in Kamerun bei ihrer Forderung nach Schutz vor Agrarimporten. Wir wollen deutlich machen, dass es auch in Europa Menschen gibt, die sich gegen den weltweiten Zwang zur Marktöffnung wehren. Christiana Schuler

Ich bin 21 Jahre alt und der potenzielle Hofnachfolger unseres Milchviehbetriebs. Wir melken 60 Holstein Kühe und ziehen die eigene Nachzucht auf. Wir, das heißt hauptsächlich mein Vater und der Lehrling und weniger ich, nicht weil ich keine Lust hätte, sondern weil ich in den letzten vier Jahren meine Landwirtschaftliche Lehre und die einjährige Fachschule Agrarwirtschaft durchlaufen habe und in der freien Zeit auch andere Interessen wahrnehmen wollte.

In diesen Jahren habe ich ein starkes Interesse an der Holsteinzucht und an schwarz-weißen und rot-weißen Kühen entwickelt. Meine Bullen-Wünsche für die Belegung der Kühe werden fast immer von meinem Vater akzeptiert. Doch eine Sache bei uns im Stall irritiert mich seit Jahren. Von den 60 Kühen sind eben nicht alle reine

Holstein Kühe und meine Mitschüler aus der Fachschule haben bei der Betriebsbesichtigung im letzten Jahr dann auch abfällig gefragt: „Was ist das denn für Eine?“ Die nette Dame bei uns im Stall ist etwa 10 cm kleiner als die anderen, dafür aber 15 cm breiter. Sie hat auch auf dem Papier eine andere Nummer, dort steht nicht 01 oder 02 für schwarzbunt oder rotbunt sondern eine 99 für „KREUZUNG“. Ja, bei uns im Stall steht eine braun-weiße Holstein-Fleckvieh Kuh. Andere würden jetzt sagen: „na und?“, doch es fällt schon auf, wie Susanne, so ihr Name, gemütlich in der Liegebox liegt und das Futter wiederkaut, das für sie, bei ihrer Milchleistung, eigentlich viel zu gut ist.

Susanne ist jetzt mittlerweile in der fünften Laktation und hat eine Lebensleistung von ca. 35.000 kg, was nicht zu erwarten war. Doch noch immer weiß ich nicht genau, wie sie überhaupt entstanden ist. Die einzige Erklärung, die ich dafür habe, ist, dass wir vor ca. acht Jahren eine Kuh mit Fruchtbarkeitsproblemen hatten und diese dann als letzte Hoffnung mit einem Fleckviehbullen besamt wurde. Unter dem Gesichtspunkt hatten mein Vater und ich beschlossen, dass Susanne, wenn sie nach der ersten Besamung bei der ersten oder zweiten Brunst nach der Kalbung nicht tragend werden sollte, zum Schlachter muss. Dort würde sie viel Geld bringen, weil sie einfach so schwer ist. Doch unsere Rechnung ging nicht auf.

Susanne hat in den letzten fünf Jahren konstant bei der ersten Besamung aufgenommen und ist so mit einer Zwischenkalbezeit von durchschnittlich 330 Tagen mit Abstand an der Stallspitze. Mittlerweile ist uns Susanne so ans Herz gewachsen, dass sie vielleicht auch einmal umbullen dürfte. Tut sie aber nicht. Bleibt nur noch ein Problem: die Kälber. Es wäre ja zu schön gewesen, wenn ihre Kälber alle Bullen geworden wären, doch diesen Gefallen tat sie uns nicht. Drei Kuhkälber schenkte sie uns. Sie sehen ihr zum Verwechseln ähnlich: klein, dick und braun. Jetzt haben wir einen jungen Milchkontrolleur, der nebenbei ein paar Rinder auf einer Weide im Nachbarort laufen hat. Seine beiden sind reinrassige Holsteins mit einer super Abstammung. So versuche ich, diese gegen zwei Töchter von unserer Susanne einzutauschen, weil er unsere auf der Weide als Mutterkühe halten könnte und nicht irgendwo in den Stall zum Melken bringen müsste, zumal er keinen Stall hat. Doch dieser Plan ist wohl nicht ganz in seinem Sinne, weil er woanders mehr Geld bekommt, und so denke ich, dass Susannes erste Tochter, mittlerweile 28 Monate alt und im achten Monat tragend, bald die Zweite Kuh bei uns ist, die nicht umbullen darf. Und weitere werden folgen ...

Jörn Manke

Unsere Susanne

Grüß Gott. Zum Thema Gammelfleisch und den laschen Kontrollen durch die Behörden möchte ich Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung mit der Veterinärbehörde berichten.

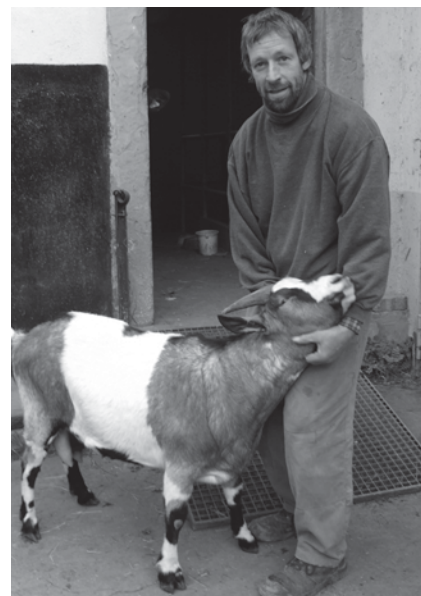
Am Freitag kam ein Anruf vom Veterinäramt. Ob ich am Montag da bin? Mehr könnten sie nicht sagen. Am Montag in der Frühe präzisiert das nächste Telefonat, es gehe um die Cross-Compliance-Kontrolle.

Um 13.00 Uhr tauchen drei Mann auf unserem Hof auf. Einer fängt schon vor meinem Eintreffen damit an, Futtermittelproben von unserem Getreideschrot zu nehmen. Ich erklärte ihm, dass wir nur eigenes Futter an unsere Tiere geben, wir wirtschaften biologisch.

Nun fallen alle drei über Hof und Stall her. Mitten im Hof steht eine Kiste mit Krautblättern, Gemüseabfall von unserem Kollegen, der ebenso biologisch wirtschaftet, für unsere Kühe. Das ist Einfuhr von Futtermitteln, ob ich dafür einen Lieferschein habe, was natürlich nicht der Fall ist. Er klärt mich auf, dass ich jede Einfuhr von Futtermitteln belegen muss, das ist ein Verstoß gegen die Bestimmungen, das gibt Abzug bei den Prämien.

Nun geht es weiter in den Stall. Hier steht den Kontrolleuren der nächste Schreck bevor: Die wenigsten der Rinder haben Ohrmarken, nämlich nur die Kühe, der Rest läuft ohne herum. Schnell ist es ausgerechnet, 64 % der Rinder sind nicht markiert. Die Herren sind erschüttert.

Ich erkläre ihnen zwar, dass unsere Rinder alle direkt vermarktet werden, dass ich schon seit 20 Jahren Buch führe über jede Geburt und Schlachtung, dass die Tiere alle einen Namen haben und bei einer Zahl von 14 Stück



Strenge Kontrollen

praktisch zu Familie gehören. Das alles zeigt keine Wirkung, dieser Verstoß grenzt an Staatszersetzung.

Doch damit ist das Drama noch nicht zu Ende. Beim Gang in den Kälberstall stellen sie fest, dass hier eine einzelne Ziege mitläuft, noch dazu ebenfalls ohne Ohrmarke. Wir halten sie als Attraktion für die Kinder unserer Kunden, sie wird weder gedeckt noch soll sie geschlachtet werden. Sie klären mich auf, dass auch eine Ziege eine Ohrmarke braucht und dass ich ein Bestandsregister führen muss, für die eine Ziege. Das schlimmste ist jedoch, dass die Ziege, dadurch dass sie zusammen mit den Rindern gehalten wird, auf diese Tuberkulose übertragen könnte, sodass ich unverzüglich eine blutserologische Untersuchung beantragen müsste. Der Tierarzt, der ein paar Tage

später der Ziege das Blut abnimmt, ärgert sich über diese Anordnung und meint, ihm sei kein Fall von TBC bei Ziegen bekannt.

Später bei der Akteneinsicht kommt der nächste Verstoß ans Tageslicht: Für die – seltenen – Anwendungen von Medikamenten bei den Tieren, der letzte Fall lag über zwei Jahre zurück, existieren zwar Belege über den Arzneimittelgebrauch, diese wurden aber nicht in einem Bestandsbuch, gemäß der Verordnung über Nachweispflichten für Arzneimittel (Bestandsbuchverordnung) zusammengefasst.

Allein für dieses Vergehen und die Tatsache, dass die Ziege bei den Rindern ohne blutserologisches Attest mitläuft, bekam ich eine Geldstrafe (Gebühren und Auslagen) in Höhe von 177,60 Euro aufgebremmt, die auf meinen

Betriebsspiegel

Der Hof der Familie Manke liegt in der Nähe von Bremen.
60 Milchkühe mit eigener Nachzucht,
43 ha Acker, 45 ha Dauergrünland

Einspruch um 40 Euro reduziert wurde. Für die fehlenden Ohrmarken und die Krautblätter ohne Lieferschein bekomme ich 3 Prozent Abzug bei den Prämien.

Nun soll noch jemand behaupten, die Veterinäre und Lebensmittelkontrolleure würden nachlässig kontrollieren und ihre Aufgaben nicht erfüllen.

Benno Wörle

Betriebsspiegel

Der Autor bewirtschaftet in der Nähe von Würzburg einen kleinen Demeter-Hof mit 16 ha, 5 Kühen, ein paar Schweinen, Getreide, Kartoffeln, Feldgemüse und Direktvermarktung.

Klimaschutz und Landwirtschaft. Potenziale nutzen

Wir stecken mitten drin im Klimawandel. Bremsen lässt er sich nur mit Erneuerbaren Energien. Der Landwirtschaft fällt eine zentrale Rolle zu. Ihr Potenzial reicht aus, ohne die Ernährungssicherung infrage zu stellen. Die Wertsteigerung der Lebensmittel käme Landwirten und auch Entwicklungsländern zugute.

Ein Beitrag von Dr. Thomas Griese

Getreide knapp, Preise steigen

Weizen wird derzeit an der Börse Hannover zu Preisen von über 15 Euro/dt (für Dezember 2006) gehandelt. Ein Plus um 50 Prozent gibt es auch in Chicago, wo der Preis mit 13,60 Euro/dt ebenfalls in ungewöhnlichen Höhen liegt. Tendenz steigend. Getreide ist knapp. Der weltweite Verbrauch der wichtigsten Getreidearten Weizen und Mais übersteigt die vom Weltgetreiderat geschätzte Produktion im abgelaufenen Jahr 2005/06. Aber auch die Schätzung für die nächste Saison weist eine Unterdeckung auf. Das gilt auch für Getreide insgesamt. Als Ursachen der nicht ausreichenden Erzeugung werden schlechte Ernten in wichtigen Erzeugungsregionen, insbesondere Australien (ca. minus 50 Prozent), genannt. Doch die weltweite Ernte liegt immer noch weit über denen von 2002/03 und 2003/04. Als weitere Ursache wird der steigende Verbrauch genannt, der nicht nur aus einer steigenden Bevölkerung und Kaufkraft resultiert, sondern auch aus einem zunehmenden Einsatz vor allem von Mais (in den USA) zur Treibstoffherzeugung. Schätzungen sagen für die USA voraus, dass in 2006/07 mehr Mais in Ethanol gehen wird als in den US-Export (57 Mio. t).

uj

Wer kann die heraufziehende Klimakatastrophe noch bezweifeln? Die höchsten CO₂-Gehalte in der Atmosphäre, die es jemals auf diesem Planeten gegeben hat; ein Anstieg der mittleren Temperatur, wie es ihn noch nicht gegeben hat; das Abschmelzen der Gletscher und Pole in beängstigendem Ausmaß oder 20 Grad Celsius bei uns mitten im November. Nur wer den Kopf in den Sand steckt, kann die Beweise noch leugnen. Die Landwirtschaft selbst wird davon, mehr als sie zur Zeit glaubt, betroffen sein. Was es wirklich für den landwirtschaftlichen Anbau in Deutschland heißt, wenn die Niederschlagsmenge um 20 Prozent sinkt und Extremwetterlagen zunehmen, ist noch nicht wirklich realisiert.

Lösung Erneuerbare Energien

Ob der Klimawandel noch zu bremsen ist, ist noch nicht sicher. Sicher ist aber, dass sich das Problem des CO₂-Ausstoßes als Hauptursache des Klimawandels nur durch den Verzicht auf eine CO₂ emittierende Energieproduktion und damit den vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien lösen lässt. Weder die Verwendung von fossilen Energierohstoffen wie Öl, Kohle und Gas noch Atomkraft, die entgegen landläufiger Meinung ebenfalls eine erhebliche CO₂-Menge zwar nicht bei der Energieproduktion selbst, aber bei den vor- und nachgelagerten Prozessen verursacht, kann eine Zukunft haben.

Potenzial vorhanden

Zu den häufigsten Vorurteilen gehört die Aussage, das Potenzial der Erneuerbaren Energien könne niemals ausreichen, die gesamte Energieversorgung sicherzustellen. 1994 veröffentlichten die zehn größten Stromversorger eine Zeitungsanzeige, in der es hieß, die Erneuerbaren Energien könnten niemals mehr als 4 Prozent zur Stromversorgung beitragen. Tatsächlich hatten die Erneuerbaren Energien bereits im Jahre 2005 beim Strom einen Anteil von über 10 Prozent, was einer Strommenge von über 60 Milliarden Kilowattstunden entsprach. Kaum jemand weiß, dass die jährliche Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen damit fast acht (!) mal so groß ist wie die aus dem AKW Biblis A. Der jährliche Zuwachs bei der erneuerbaren Stromerzeugung ist heute größer als die Stromproduktion eines AKW, oder anders formuliert: Jedes Jahr kann ein weiteres AKW durch den Zuwachs an erneuerbarem Strom ersetzt werden.

Rasante Zuwächse gibt es auch im Treibstoff- und im Wärmesektor. Laut Bundesumweltministerium (BMU) hatten die Erneuerbaren Energien bereits im Jahr 2005 einen höheren Anteil an der Gesamtenergieerzeugung (Strom, Treibstoff und Wärme) als die Atomenergie.

Der Verband der Netzbetreiber (VDN) geht davon aus, dass bereits in fünf Jahren 20 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommen wird. Hermann Scheer hat in seinem Buch „Energieautonomie“ nachgewiesen, dass das Potenzial für den vollständigen Umstieg vorhanden ist; danach werden für den weltweiten Treibstoffbedarf von 21 Billionen Kilowattstunden etwa acht Prozent der weltweiten Anbaufläche notwendig sein.

Abfallstoffen der Nahrungsmittelproduktion. Ob Reste aus der Marmeladenfabrik oder aus der Gemüseproduktion: Die Biogasanlage nimmt im Prinzip jedes biologische Material. Das ist zugleich ihr größter Vorteil, weil das Beschickungsmaterial austauschbar ist. Deshalb erwächst auch aus der Technik selbst keine Gefahr der Monokultur: Weil die Biogasanlage mit Mais, aber auch mit Getreide oder Gras betrieben werden kann, muss es nicht zu einer Fixierung auf einen Rohstoff kommen. Dass viele Biogasanlagen heute vor allem noch mit Mais „gefüttert“ werden, spricht nicht gegen die Technik, sondern spiegelt den jungen Entwicklungsstand wider. In der Praxis ist Mais als Rohstoff zur Biogaserzeugung relativ einfach zu handhaben und rechnet sich da-



Biogas-Anlagen tragen dazu bei, den Klimawandel zu bremsen. Dass zurzeit viele Anlagen mit Mais gefüttert werden, liegt nicht an der Technik, mahnt Thomas Griese manche Kritiker. Foto: Jasper

Landwirtschaft auch Energieproduzent

Der Landwirtschaft wird damit eine zentrale Rolle bei der Energieproduktion zufallen. Nicht nur, dass Windkraftanlagen häufig auf landwirtschaftlichen Grundstücken stehen und Fotovoltaikanlagen auf Scheundächern Platz finden: Das größte Potenzial steckt in der Biomasse, und hier – nach heutigem Stand – sowohl zur Strom- und Wärmeerzeugung (v. a. Biogas) als auch zur Treibstoffproduktion. Bisher noch zu wenig im Gespräch ist der potenzielle Beitrag, den die Land- und Forstwirtschaft (Restholz, Holzpellets) zur Bereitstellung von Wärmeenergie leisten kann.

Biogas – Monokultur nicht zwingend

Technisch lässt sich Biogas aus fast allen landwirtschaftlichen Anbaufrüchten herstellen, ebenso aus landwirtschaftlichen Abfallstoffen (Gülle, Mist), aber auch aus vielen

bei auch noch relativ gut. Mit fortschreitender Entwicklung werden aber andere Rohstoffe aufholen.

Erneuerbare Treibstoffe

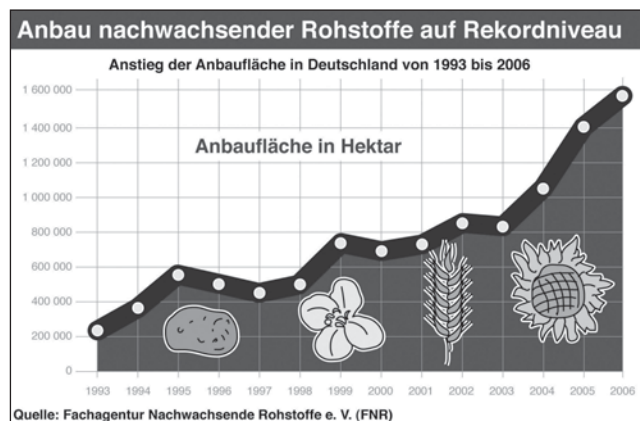
Das Vorurteil der Monokultur zieht auch bei den Biotreibstoffen nicht. Tatsächlich gibt es hier ebenfalls die Vielfalt der Rohstoffe. Pflanzenöl lässt sich eben nicht nur aus Raps, sondern z. B. auch aus Oliven, Senf oder Leindotter herstellen. Bioethanol kann nicht nur aus Zuckerrüben, sondern auch aus Getreide, Wein oder Zuckerrohr produziert werden. Diese Vielfalt muss erhalten bleiben, weshalb es gerade gut ist, dass es nicht nur einen Biotreibstoff, sondern mehrere gibt, die nebeneinander bestehen müssen. Ständig wiederholt, aber nicht richtig ist auch die Behauptung, für Biotreibstoffe oder Biomasseproduktion würden groß-

tenteils gentechnisch veränderte Pflanzen eingesetzt. Für keine der relevanten Anbaufrüchte stimmt das und es wird auch in Zukunft nicht notwendig sein.

Gefährdung der Ernährungssicherheit?

Gegenwärtig sind Lebensmittel im Überfluss vorhanden und zu billig, was aber nicht verhindert, dass in Entwicklungsländern an Hunger gelitten wird. Ursache ist offensichtlich nicht ein Zuwenig an weltweiter Nahrungsmittelproduktion, denn die produzierte Menge hätte ausgereicht, alle satt zu machen. Und subventionierte Lebensmittelexporte aus den Industrieländern haben oft genug die heimischen Agrarmärkte der Entwicklungsländer zerstört.

Die Weltbevölkerung wird weiter ansteigen, das sagen alle Prognosen voraus. Es werden daher mehr Lebensmittel notwendig sein. Dafür müssen genügend Flächen zur Verfügung stehen. Aber die Frage ist



Grafik: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe

doch, ob die notwendigen Flächen eher durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe oder durch einen ungebremsten Klimawandel für die Lebensmittelerzeugung in Gefahr geraten. Zudem muss eine ökologischere Ernährung in den Industrieländern, insbesondere eine Reduzierung des Fleischkonsums, der vorrangige Beitrag der Industrieländer sein.

Europa ist insgesamt ein Netto-Importgebiet für Lebensmittel. Absurder Weise gibt es dennoch Produktionsüberschüsse in einigen Bereichen. Aber bevor wir mit den Überschüssen den Menschen in Entwicklungsländern auch noch Produktions- und Wertschöpfungsmöglichkeiten streitig machen, wäre es eine lohnende Aufgabe, sie lieber in die Bioenergie zu lenken. Mit anderen Worten: Zuckerrüben gehören in den Tank statt in den subventionierten Export. Genauso ist es mit Wein. Die EU will aus Überschussgründen Tausende ha Weinanbauflächen roden lassen. Welche Geldverschwendung, wo es doch viel sinnvoller wäre, überschüssigen Alkohol als Bioethanoltreibstoff einzusetzen.

In Europa macht uns Schweden vor, wie eine nachhaltige und umweltfreundliche Ethanolproduktion aus heimischen Quellen aufgebaut werden kann. Über 20.000 Bio-

ethanolfahrzeuge (FFV) sind dort inzwischen unterwegs, an vielen Tankstellen kann man Bioethanol (E 85) tanken.

Mehr-Wert für Lebensmittel

Wer niedrige Lebensmittelpreise und einen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft beklagt, muss für die Bioenergie eintreten. Damit wird der Landwirtschaft ein zweiter Absatzmarkt eröffnet. Wer die Wahl hat, seine Produkte in der Lebensmittelschiene oder der Energieschiene zu verwenden, verbessert seine strategische Position am Markt entscheidend. Und das führt tendenziell zu besseren Preisen und weg vom billig, billig.

Unbestreitbar ist die Erhöhung der Raps-erzeugerpreise das Ergebnis der höheren Nachfrage nach Raps im Energiesektor. Die weltweit steigenden Getreidepreise haben mit Dürre-Ernten, aber eben zu einem Teil auch mit dem Anbau nachwachsender Rohstoffe zu tun. Ein höheres internationales

Niveau der Agrarerzeugerpreise nützt insbesondere den Entwicklungsländern, es stabilisiert deren Agrarmärkte und erhöht ihre Exportchancen. Nicht weniger wichtig ist der Bedeutungszuwachs für die Landwirtschaft. Eine Gesellschaft wird mit Landwirtschaft anders umgehen, wenn sie erkennt, dass sie auch energetisch auf sie angewiesen ist.

Welche Alternativen?

Wer Bioenergie ablehnt, nimmt die Fortdauer des Bisherigen in Kauf: Eine steigende CO₂-Belastung, unter der in erster Linie die Entwicklungsländer leiden. Aber auch die Monopolherrschaft der Mineralölkonzerne, grausame Diktaturen (Saudi-Arabien), Kriege (Irak) und Bürgerkriege (Sudan) um Öl, verheerende Umweltzerstörungen z. B. durch die von deutschen Banken finanzierte Ölpipeline durch Ecuador oder Tankerkatastrophen. Und irgendwann ist das Öl trotz aller richtigen Effizienzanstrengungen ohnehin zu Ende, und dann?

Nur Erneuerbare Energie ist CO₂-neutral. Das gilt im übrigen auch für den Herstellungsprozess. Denn auch der Traktor, mit dem das Feld bestellt wird, und der Transport-Lkw können und sollen mit Biotreibstoff betrieben werden. Und am besten ist sie regional. Insofern bleibt das richtig, was bei den Lebensmitteln ebenfalls zur Leitlinie werden müsste.

Was jetzt zu tun ist

Beim Biogas kommt es darauf an, die Gasmonopolisten zur Öffnung ihrer Gasnetze für Biogas zu zwingen. Denn Biogas ist chemisch nichts anderes als Erdgas; es kann nach entsprechender Aufbereitung wie Erd-

Branchen-Prognose Biogas für 2006

Biogasanlagen	Prognose 2006	Prognose 2020
Anlagenzahl	3.500	–
Install. elektr. Leistung (gegenüber Vorjahr)	1.100 MW (+ 70 %)	9.500 MW
Umsatz Anlagenbau (gegenüber Vorjahr)	> 1 Mrd. EUR (+ 55 %)	7,6 Mrd. EUR
Stromproduktion (1)	> 5 Mrd. kWh	76 Mrd. kWh
Anteil an deutscher Stromproduktion	> 1 %	17 %
Arbeitsplätze	ca. 10.000	85.000
CO ₂ Emissionsmind. (1)	> 5 Mio. t/a	103 Mio. t/a

(1): ist abhängig vom durchschnittlichen Inbetriebnahmezeitpunkt der Neuanlagen im Jahresverlauf. **Quelle: Fachverband Biogas e. V.**

gas genutzt werden, für Heizung, aber auch für den Fahrzeugbetrieb.

Bei den Treibstoffen brauchen wir statt der Mineralölsteuer und statt der unsinnigen Beimischungsregelung, die den Mineralölkonzernen die Biotreibstoffe zum Fraß vorwirft, eine CO₂-Steuer. Biokraftstoffe hätten sie nicht zu zahlen, da sie CO₂ neutral sind.

Alles Gesagte schließt nicht aus, auf Fehlentwicklungen angemessen zu reagieren. Wir brauchen kein Palmöl zur Treibstoffproduktion und keine Gentechnik, und Biotreibstoffe legitimieren nicht den viel zu hohen Treibstoffverbrauch im Verkehr. Richtig ist der Gedanke, für eine Zertifizierung von Treibstoff einzutreten, wie dies bei Holzimporten bereits praktiziert wird. Und wichtig wird es sein, durchzusetzen, dass die Landwirtschaft möglichst weitgehend an der Wertschöpfungskette beteiligt wird. Aber nichts rechtfertigt es, die Bioenergie insgesamt in Frage zu stellen, an dem bisherigen zerstörerischen System festzuhalten und eine solche Chance für Klimaschutz und Landwirtschaft zu verspielen.

Dr. Thomas Griese



Dr. Thomas Griese war von 1995 bis 2005 für Bündnis 90/Die Grünen Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen. Jetzt arbeitet er als Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Köln und ist stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs NRW in Münster.

Biogas boomt weiter

In 2006 werden erstmals mehr als eine Milliarde Euro in den Neubau und das Repowering von Biogasanlagen investiert. Das meldete der Fachverband Biogas anlässlich der Messe EuroTier in Hannover. Insgesamt finden etwa 10.000 Menschen Arbeit in Planung, Bau, Betreuung und Betrieb von Biogasanlagen. Josef Pellmeyer, Präsident des Fachverbands: „Die Branche erwartet für 2006 das erfolgreichste Jahr ihrer Geschichte.“ Zum Ende des Jahres werden etwa 3.500 Anlagen errichtet und größtenteils auch in Betrieb gegangen sein. Damit wird sich die Stromproduktion aus Biogas gegenüber dem Vorjahr auf über 5 Mrd. Kilowattstunden fast verdoppeln und damit deutlich über ein Prozent der Gesamtstromproduktion ausmachen. Maßgeblich für diese enorme Aufbauarbeit der Unternehmen sei die Stabilität der seit 2004 geltenden Rahmenbedingungen, so der Verband. Bei zukünftigen politischen Justierungen, zum Beispiel der anstehenden Prüfung des EEG, seien deshalb Augenmaß und enge Kommunikation mit der Branchenorganisation bei den politischen Entscheidungsträgern gefragt.

pm

„Rendezvous in Brüssel“

Der EU-Beamte Ahner steckte den Rahmen kommender Diskussionen zur EU-Agrarpolitik ab. Staatssekretär Lindemann plädiert für Gleichgewicht der Säulen, aber erst ab 2013. Agrarpolitisches Forum der AbL-Mitgliederversammlung

Wenn Dirk Ahner über Agrarpolitik spricht, verliert Brüssel den spröden Ton des Technokratischen: „Europa hat sich in der Agrarpolitik zu zwei Rendezvous verabredet.“ Na, da will man doch dabei sein. Die erste Verabredung steht schon 2007/08 an. Dann soll überprüft werden, wie die 2003 beschlossene EU-Agrarreform in den EU-Ländern umgesetzt worden ist und wie sie wirkt. Die EU-Kommissarin hat die Mitgliedstaaten aufgerufen, Vorschläge für Verbesserungen und vor allem für Vereinfachungen zu sammeln und dann einzubringen. Auch die Kommission arbeitet an Berichten und Vorschlägen.

In Brüssel läuft das Ganze unter dem Titel „Health Check“ (Gesundheits-Bilanz). Zentrale Bereiche möglicher Änderungen nennt der stellvertretende Kabinettschef von Fischer Boel: Da ist das große Feld der Cross Compliance, also der Kriterien aus Umwelt-, Tierschutz- und Hygienerecht, an deren Einhaltung die vollständige Auszahlung der Direktzahlungen gebunden ist. Da gebe es einige Klagen und Wünsche, „da wird sicherlich einiges zu tun sein“.

Höhere Modulation

Die Modulation werde „sehr wahrscheinlich“ ein weiteres Thema sein, also die Kürzung von Direktzahlungen, um damit die finanzielle Ausstattung der zweiten Säule (Investitionsförderung, Agrarumweltmaßnahmen u.a.) zu verbessern.

„Was ebenfalls kommen könnte, ist das Thema Kappung der Direktzahlungen“, führte Ahner fort. Das sei eng verbunden mit der Debatte um die Transparenz der Direktzahlungen, also die öffentliche Nennung der Empfänger der Zahlungen mit der Angabe der Summe und des Förderzwecks. Ob man die Kappung wolle, sei eine politische Frage, hielt sich der EU-Beamte bedeckt. „Wo es Erfahrungen mit Kappungsgrenzen gibt – wie in den USA –, sind es offensichtlich keine besonders guten“, meinte er.

Rendezvous zwei

Die zweite „Verabredung“ in Brüssel stehe ebenfalls 2008/09 an. Sie sei von den Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel im Dezember 2005 getroffen worden und habe die Überprüfung der EU-Finzen zum Inhalt. „Da ist auch die Überprüfung der Agrarausgaben ver-

einbart worden“, betonte Ahner, wohl wissend, dass neben ihm Staatssekretär Lindemann saß, der da schon auf weite Zurückhaltung gedrängt hat. Vielleicht auch deshalb erinnerte Ahner nur daran, dass es schon vor der Agenda 2000 eine Diskussion darüber gegeben habe, „ob man die Zahlungen an die Landwirte über die Zeit zurückfahren sollte“.



Dirk Ahner, stellvertretender Kabinettschef von EU-Agrarkommissarin Fischer Boel, und der Berliner Staatssekretär Gert Lindemann waren bei den Perspektiven europäischer Agrarpolitik auf der AbL-Versammlung nicht immer einer Meinung. Foto: Jasper

2. Säule ausbauen

Ahner ist nicht als jemand bekannt, der für eine Zurückführung der EU-Agrarausgaben streiten würde. Sein Interesse liegt woanders: Er sei persönlich der Meinung, dass die zweite Säule ab 2013 „ganz oben anstehen“ werde, und er gab dafür folgende Gründe an:

– Die Gelder könnten mit den Maßnahmen der zweiten Säule sehr viel gezielter eingesetzt werden als über allgemeine Direktzahlungen, sei es für Investitionen, für Naturschutz oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

– Die Politik der ländlichen Entwicklung werde dezentral, also in den Ländern ausgestaltet. „Das erlaubt weitgehend maßgeschneiderte Ansätze. In einer Gemeinschaft mit 27 Mitgliedstaaten wird das zunehmend wichtig“, erwartet Ahner.

– Und drittens habe die Ländliche Entwicklungspolitik in der Bevölkerung „doch noch ein relativ gutes Image“. Viele Kreise auch außerhalb der Landwirtschaft hätten eben ein Interesse daran.

– Schließlich sei es einfacher, die zweite Säule in der WTO als Bestandteil der Green Box, die nicht abgebaut werden muss, zu verteidigen.

Das alles seien Gründe, die ihn persönlich zu der Meinung kommen lassen, dass der Ausbau der zweiten Säule oben anstehen werde, „selbst wenn es zum Teil auf Kosten der 1. Säule geschehen sollte“.

Lindemann verteidigt

Das alles wollte der Staatssekretär im Berliner Ministerium (BMELV) Gerd Lindemann so nicht stehen lassen. Sein erster Satz lautete zwar: „Auch für uns als Bundesministerium ist die zweite Säule ein ganz wichtiges Instrument“. Aber der nächste war schon: „Aber ich bin nicht der Überzeugung, dass die zweite Säule mehr Sinn hat als die erste.“ Und er erwähnte den jüngsten Bericht des Europäischen Rechnungshofes, wonach in der Ländlichen Entwicklung nicht immer nur Sinnhaftes gefördert werde.

Kürzungen „nur 12 %“

Lindemann versuchte die Kürzungen in der zweiten Säule, die sich aus den Finanz-Beschlüssen des EU-Gipfels vom Dezember 2005 für Deutschland ergeben, zu relativieren. Es seien nur 12 Prozent und nicht 30, wie damals von einigen behauptet. Er verschwieg dabei, dass die 12

Prozent nur „erreicht“ werden, wenn der Ausgleich der Inflation und die Modulationsmittel mit eingerechnet werden. Immerhin gab er zu, dass die Bundesländer unterschiedlich betroffen seien, Bayern zum Beispiel verliere 25 Prozent, während Niedersachsen einen leichten Zuwachs verzeichnen könne.

Dann kam die nächste Attacke Lindemanns mit seiner nüchternen niedersächsischen Art in Richtung Süden: Wenn Bayern und Baden-Württemberg aufschreien würden, dann müsse man beachten, dass dahin nur deswegen weniger Geld als bisher fließe, weil wegen des Freibetrages bei der Modulation von 5.000 Euro und aufgrund der kleineren Betriebsstrukturen dort weniger in der Modulation zusammenkomme. Zwar bleibe das Geld in der ersten Säule, aber eben in Bayern bzw. Baden-Württemberg.

Lindemann sprach sich gegen die Anwendung der freiwilligen Modulation in Deutschland aus. „Über einen Ausbau der Modulation sollten wir beim Health Check diskutieren“, meinte er.

BMELV zum Health Check

Weitere Punkte für den Gesundheits-Check 2007/08 sieht Lindemann weitere Punkte: Die noch zulässige Teilkopplung der Direktzahlungen müsse auf den Prüfstand, wobei Deutschland für eine vollständige Entkopplung eintrete und für die europaweite Einführung des „rei-

nen Regionalmodells“, wie es in Deutschland ab 2013 vorgesehen ist. Das Sondersystem für Prämienrechte Obst- und Gemüseflächen (OGS-System) sollte in dem allgemeinen Prämiensystem aufgehen und die obligatorische Flächenstillegung abschaffen. 2009 sollte feststehen, wie die Direktzahlungen gekürzt würden, um die so genannte Haushaltsdisziplin einzuhalten, also die Obergrenze der EU-Gelder für den Bereich, um diese auch nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens nicht zu überschreiten.

Allerdings dürfe eine Kürzung der Direktzahlungen, ob für eine Modulation oder für die Haushaltsdisziplin, nicht die Nettozahlerposition Deutschland verschlechtern. Lindemann sprach sich daher gegen eine Kappungsgrenze bei den Direktzahlungen aus. Es sei auch ein Irrtum, wenn man glaube, dass das meiste Geld an die großen Betriebsstrukturen ginge. Um das zu untermauern, hatte Lindemann Zahlen mit zwei Stellen hinter dem Komma mitgebracht, wie viel der EU-Direktzahlungen wohin gehen: 19,76 Prozent nach Bayern, 15,63 Prozent nach Niedersachsen/Bremen und eben nur 3,16 Prozent nach Mecklenburg-Vorpommern. Nicht erwähnt hat Lindemann, dass in Bayern aber 25 Prozent der Arbeitskräfte der gesamten deutschen Landwirtschaft beschäftigt sind, in Mecklenburg-Vorpommern 2 Prozent.

Ab 2013 alles offen

Trat Lindemann für die Zeit bis 2013 als Verteidiger der Direktzahlungen in der ersten Säule auf, so änderte sich das Bild doch gravierend für die Zeit danach: „Es ist klar, dass wir ab 2013 nicht so fortfahren können, sondern ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen erster und zweiter Säule bekommen werden.“ Er plädierte sogar auf längere Sicht „für eine deutliche Reduzierung der Direktzahlungen der ersten Säule“, jeder habe dann die Chance gehabt, sich über die Direktzahlungen anzupassen. „Wir sollten darauf achten, dass die Direktzahlungen der ersten Säule nicht Zahlungen für die einfache Anwesenheit in der Landwirtschaft werden.“ Daher sei Cross Compliance wichtig, weil das „in gewisser Weise eine gesellschaftliche Leistung“ ausdrücke.

Aber er machte klar, was er sich von der zweiten Säule im Kern verspricht: „Wobei aus der zweiten Säule auch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu fördern ist“.

„Lasst Euch nicht blenden“

Baden-Württembergs Minister Hauk spricht sich für eine Staffelung der Direktzahlungen aus. SPD-Fraktionsvize Kelber will nicht Arbeit bezahlen, sondern Qualität wie Gentechnikfreiheit. Graefe zu Baringdorf warnt davor, Wissenschaftlern auf den Leim zu gehen

Parteifreunde können doch sehr unterschiedlich sein, auch wenn es Agrarpolitiker sind. Während der Berliner Staatssekretär Gert Lindemann (CDU) betont nüchtern bei der Sache zu bleiben versuchte, war dem baden-württembergischen Minister Peter Hauk (CDU) geradezu anzumerken, dass er auch in Altenkirchen die Menschen gewinnen wollte, für sich und seine Positionen. Das machte seine Beiträge besonders lebendig und zeigte sich nicht nur bei seiner Äußerung zur CMA.

Hauk kritisiert CMA

„Was die CMA bisher vollbracht hat, ist vor allem für sich selbst zu werben“, meinte er und erhielt deutlichen Beifall. Er sieht die CMA gezwungen, sich zu reformieren. Es müssten mehr Schwerpunkte für regionale Marken und Produkte gesetzt werden. „Wenn wir schon Zwangsabgaben erheben – und ich halte das nicht für sinnvoll –, dann sollte man sie konsequent einsetzen für gezielte Werbung für Qualitätsprodukte“, so Hauk.

Zweite Säule

Der Minister ging auch auf die finanziellen Einbußen der zweiten Säule für Baden-Württemberg in den nächsten sieben Jahren ein. Sein Land verliere jährlich 35 Mio. Euro an EU-Mitteln. „Das werden wir nicht aus Landesmitteln kompensieren können, aber wir halten diese immerhin konstant.“ Das helfe den Bauern zwar auch noch nicht ganz. Deshalb könnte man darüber nachdenken, ob man in Deutschland die freiwillige Modulation einführen solle. Doch nach langer Überlegung sei er zu dem Schluss gekommen, das nicht zu fordern. „Die Landwirte vertrauen darauf, dass die regional einheitlichen Prämien 2013 auch voll kommen, wie geplant.“

Hauk sucht nach anderen Möglichkeiten: „Was mir ein Dorn im Auge ist, sind hohe absolute Zahlungen je Betrieb. Wenn die EU-Kommission eine degressive Staffelung vorschlägt, findet sie uns an ihrer Seite“, richtete der Stuttgarter seinen ersten Vorschlag zum Health Check – an seinem Parteifreund Lindemann vorbei – nach Brüssel. Das sollte dann aber nicht fakultativ geschehen, sondern verpflichtend.

Modulation

Er wünsche sich bei einer stärkeren Modulation höhere Freibeträge als die bisherigen 5.000 Euro je Betrieb, die an Di-

rektzahlungen der ersten Säule den Betrieben kürzungsfrei verbleiben, „von mir aus 20.000 Euro, 100.000 Euro oder 200.000 Euro, aber mit einer radikalen Degression darüber“, forderte Hauk. Mit der Betonung einer Staffelung bzw., wie er es nannte: Degression, rückte Hauk auch von seinem bisherigen Vorschlag einer Kappungsgrenze bei 300.000 Euro ab. Die sei zu radikal, das würden unsere Betriebe in Ostdeutschland nicht verkraften, ergänzte er.

Eine degressive Ausgestaltung der Prämien würde die Wettbewerbsgleichheit zwischen den Betrieben erhöhen, denn die Fixkosten lägen bei größeren Einheiten eben niedriger. „Deshalb ist es mir auch nicht einleuchtend, warum die Direktzahlungen ohne eine Degression einfach je Hektar steigen.“

Hauk mahnte die Gegner einer Staffelung, dass sie mit einer bloßen Ablehnung die Zahlungen insgesamt gefährden würden. „Wenn wir die Mittel in der Agrarpolitik halten wollen, dann müssen wir die großen plakativen Überschriften wegbringen über Zahlungen an Königshäuser und weltweite Nahrungsmittelkonzerne mit Sitz in der Schweiz“, womit er Nestlé ansprach.

SPD-Experte Kelber

Einen weniger weiten Weg nach Altenkirchen hatte Ulrich Kelber aus Bonn. Er ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und dort für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zuständig.

Die SPD wird bis Ende des Jahres ihre Thesen zur Fortentwicklung der Politik für den ländlichen Raum vorlegen. Er forderte auf, die Ländliche Entwicklung nicht nur aus der landwirtschaftlichen Perspektive zu betrachten: „Wir müssen von einem ausschließlich auf Landwirtschaft orientierten Ansatz wegkommen hin zu einer umfassenden integrierten Politik für den ländlichen Raum.“ Das sei auch notwendig, um eine höhere Akzeptanz in der Gesellschaft zu erreichen.

Kelber wandte sich nicht grundsätzlich gegen einen Strukturwandel, sondern es komme darauf an, ihn frühzeitig zu erkennen, anzunehmen und aktiv in eine positive Richtung zu gestalten. Er äußerte die Erwartung, dass es spätestens 2014 zu „massiven Veränderungen bei den EU-Finzen“ kommen werde. Wer also heute Veränderungen an den Agrarausgaben ablehnt, sollte das heißen, verpasst Chancen, Gelder für den ländlichen Raum zu sichern.

Der SPD-Fraktionsvize sprach sich für die Anwendung der freiwilligen Modulation in Deutschland aus. Dabei bleibe das modulierte Geld in Deutschland. Bei einer obligatorischen Modulation dagegen drohe eine Umverteilung über Brüssel, was wiederum Mittel aus Deutschland abzuziehen drohe. Außerdem fragte Kelber, warum der Vertrauensschutz der Betriebe denn nur für die Direktzahlungen der ersten Säule, nicht aber auch für die Prämien der zweiten Säule gelten solle. Er kündigte an, dass die SPD das Thema Modulation auch vor dem Jahr 2013 zum Thema machen werde, und er stütze sich auf den Koalitionsvertrag, in dem eine gleichgewichtige Entwicklung beider Säulen vereinbart worden sei.

Ausrichtung auf Qualität

Für die wirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft sieht Kelber zwei Pfade: Ein kleiner Teil der Betriebe werde über den Preiswettbewerb eine Zukunft finden können. Der weitaus größere Teil der Betriebe sei dagegen angewiesen, über die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen einen Mehrwert zu erzielen. „Wir wollen einen möglichst hohen Anteil an Betrieben, die multifunktional oder ökologisch wirtschaften und darüber dauerhaft existenzfähig werden.“ Er lehnte eine staatliche Bezahlung der Arbeit auf den Höfen ab, was wohl ein Hinweis auf den AbL-Vorschlag einer Anbindung der Zahlungen an den Faktor Arbeit sein sollte. „Wir wollen die Finanzierung über die Qualität der Erzeugung“.

Ohne Gentechnik

Daraus leite sich auch die ablehnende Haltung zur Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Um eine gentechnikfreie Landwirtschaft auch weiterhin zu ermöglichen, forderte Kelber, dass den Kommunen das Recht gegeben werden müsse, für sich zu entscheiden, ob auf ihren Gebieten GVO angebaut werden dürfen oder nicht. Außerdem müssten die Analysen auf GVO-Verunreinigungen von anderen als den Betrieben ge-

zahlt werden. „Jetzt gibt es nur einen gentechnisch veränderten Mais, auf den zu untersuchen ist. Was ist, wenn sieben, acht oder noch mehr zugelassen sind? Dann steigen die Kosten noch weiter.“ Das müsse bei der Novelle des Gentechnikgesetzes berücksichtigt werden, forderte Kelber.

AbL-Vorschlag

Eingehend auf die Diskussionen um Modulation, Kappungsgrenzen und Degression stellte der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf klar, dass es der AbL um die Staffelung der Direktzahlungen gehe, um zu mehr Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen großen rationalisierten und bäuerlichen Betrieben zu kommen. Aber auch der Staffellungs-



Ulrich Kelber (SPD-Fraktionsvize im Bundestag) und Peter Hauk (Minister in Baden-Württemberg) kamen nicht richtig zusammen, obwohl sie beide die zweite Säule stärken wollen. Foto: Jasper

vorschlag der AbL mit einem Freibetrag von 30.000 Euro und hohen Abzügen von 75 Prozent über 200.000 Euro pro Betrieb und Jahr könne große Betriebe, die relativ viele Menschen beschäftigen, treffen. Deshalb schlage die AbL zur weiteren Justierung vor, dass die Betriebe über den Nachweis von Lohnkosten aus der Kürzung herauskommen können. Das sei aber keine Bezahlung von Arbeitsplätzen, sondern eben nur eine weitere Differenzierung der Staffelung. Graefe zu Baringdorf warnte vor den Vorschlägen von Wissenschaftlern, die eine Staffelung und damit eine Qualifizierung der ersten Säule mit der Begründung ablehnten, das vermindere die Chancen, die zweite Säule auszubauen. Die Qualifizierung der ersten Säule sei genau der Umbau der ersten Säule in Richtung zweite Säule. Diejenigen, die so was schreiben, wollten verhindern, dass es in der ersten Säule zu mehr Wettbewerbsgerechtigkeit kommt. „Lasst Euch nicht blenden.“

Vielfalt bedroht

Wenige Hochleistungsrassen dominieren die landwirtschaftliche Tierproduktion. In vielen Ländern ist gar nicht bekannt, welche Vielfalt sich über Jahrhunderte entwickelt hat

Fischerei gefährdet

Nicht nur zu Lande auch im Meer ist die Vielfalt bedroht. Meeresbiologen warnen schon lange vor der Ausbeutung der Meere durch industrielle Fangflotten. Jetzt haben Untersuchungen eines Teams aus Biologen und Ökonomen dieser Warnung nochmals Nachdruck verliehen. In ihrer Untersuchung betrachteten die Wissenschaftler Ergebnisse aus 32 Einzel-

untersuchungen. Das Ergebnis: Es gibt einen klaren Trend. Der Verlust an Artenvielfalt destabilisiert die Ökosysteme und senkt die Produktivität. Besonders massiv sind demzufolge die Auswirkungen auf artenärmere Meeresregionen, die in Folge der Überfischung schneller zusammenbrechen. Allerdings verschwinden die Bestände nicht komplett.

In Schutzgebieten konnte festgestellt werden, dass die Vielfalt deutlich höher ist, was sich auch auf die benachbarten Regionen auswirkt. Also Hände weg vom Fischmehl.

mn

Schwarz-weiß, braun-weiß, einfarbig, gesprenkelt, klein, groß, kurze oder lange Hörner. Wie Kühe aussehen, kommt auf die Rasse an. Und von denen gibt es eine ganze Menge: Auf über 1.300 Rassen kommt der unter Führung der FAO erstellte „Global status of animal genetic Resources“. 52 davon stammen aus Deutschland.

Die Zahlen gaukeln eine Vielfalt vor, die es in dieser Form nicht mehr gibt. Weltweit sind allein zwei Rinderrassen dominant. Holstein Frisian beim Milchvieh und Charolais bei den Mastrindern. Auch in Deutschland ist Holstein Frisian die zahlenmäßig dominierende Rasse gefolgt von Fleckvieh und Braunvieh. In den vergangenen Jahrzehnten hat die starke züchterische Bearbeitung einzelner Rassen zu einer fortwährenden Selektion und Konzentration geführt. Heute sind nur noch wenige Rassen von wirtschaftlicher Bedeutung.

Lokale Rassen gefährdet

Noch gibt es viele lokale Rassen, doch die Gefahr besteht, dass in einem schleichenden Prozess die genetische Vielfalt der Haustierrassen verloren geht. 12 der 52 in Deutschland vorkommenden Rinderrassen sind vom Aussterben bedroht. Neben den Rinderrassen sind alle anderen landwirtschaftlichen Nutztiere: Schweine, Geflügel, Schafe und Ziegen betroffen. Je nach Tiergattung bringt die starke Konzentration auf wenige Rassen oder Linien ganz eigene Schwierigkeiten mit sich.

Bei den Hühnern gehen 80 Prozent der Tiere auf wenige Linien zurück. Zu dieser extremen Entwicklung hat die hochgradige Standardisierung und frühzeitige Automatisierung der Geflügelhaltung beigetragen. Dennoch gibt es in Deutschland eine große Vielfalt an Geflügelrassen. Dies beruht vor allem auf dem Engagement von privaten Geflügelhaltern und Züchtern.

Die Schweinehaltung ist von einer zunehmenden Dominanz großer Zuchtorganisationen geprägt. Die Ausrichtung der Zuchtziele konzentriert sich auf die Vorgaben der großen Fleischverarbeiter.

Während in der Geflügelzucht bäuerliche Züchtung nicht mehr stattfindet und sie im Schweinebereich stark eingeschränkt ist, ist sie bei der Rinderzucht noch weit verbreitet.

1.000.000 Nachkommen

Aber auch bei den Rindern führt die Konzentration auf wenige Linien vor allem bei den männlichen „Topvererbern“ mit bis zu 1.000.000 Nachkommen zu einer zunehmenden Einengung der genetischen Varianz. Wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass über Jahre hinweg nicht bekannte Schwächen eingekreuzt wurden, kann dies für

weite Kreise der Rinderhaltung Folgen haben. Die zum Glück noch bestehende Vielschichtigkeit in der Rinderhaltung steht einer zentralen Kontrolle der Zuchtergebnisse und einer möglichen Frühwarnung dabei im Wege. In der Geflügelzucht ist die Kontrolle der genetischen Varianz, begünstigt durch die zentralisierten Strukturen, bis zur Perfektion getrieben. Unvorstellbar, wenn einem Unternehmen wie Lohmann die Geschäftsbasis wegbricht, weil die Elterngeneration der deutschen, europäischen ja weltweit lebenden Hühner unter Inzucht litt.



Wer kennt Pustertaler Schecken?

Foto: Bernd Theis
www.pustertaler-zuchtbetrieb.de

Unbekannte Vielfalt

Die FAO hat zur Erfassung der weltweit existierenden Rassen einen Plan zur Erfassung der tiergenetischen Ressourcen erstellt. Grundlage ist die Erkenntnis, dass die existierende Vielfalt ein schützenswertes Gut ist. Einmal verloren, ist sie unwiederbringlich. Die zweite Überlegung ist, dass nur das geschützt bzw. erhalten werden kann, was bekannt ist.

In China z. B. sind heute 426 Haustierrassen bekannt. Trotz des großen Engagements, das die Volksrepublik zur Erfassung und zum Erhalt dieser Vielfalt in der Vergangenheit unternommen hat, werden noch immer neue Rassen entdeckt.

Die Gründe für den drohenden Verlust der Vielfalt sind sehr unterschiedlich. In vielen Regionen der Erde sind es nicht Hochleistungsrassen, die den Fortbestand regionaler Rassen bedrohen, sondern gesellschaftliche Prozesse. Wenn den Bauern der Zugang zu Land und Wasser entzogen wird, stellen sie ihre Tierhaltung ein. In Indien geschieht dies durch die Privatisierung von Flüssen, die dem Vieh dann nicht mehr als Tränken zur Verfügung stehen. Auch Weideflächen gehen in Indien verloren. Die von offiziellen Stellen als „waste Land“ bezeichneten Weidegebiete werden für Industrieansiedlungen genutzt.

In Deutschland geht die Bedrohung der Rassenvielfalt dagegen vor allem von der unter-

schiedlichen Leistungsfähigkeit der verschiedenen Rassen aus. Neben dem wirtschaftlichen Potential der einzelnen Rassen war im Rinderbereich vor allem die Mitgliederzahl und das Durchsetzungsvermögen des jeweiligen Zuchtverbandes für die Entwicklungen der Rassen bis zu ihrer heutigen Bedeutung verantwortlich.

Erhalten, Schützen und Nutzen

Von der Überzeugung getragen, dass Vielfalt langfristig auch wirtschaftlich sinnvoll ist, hat es sich die Gesellschaft zur Erhaltung alter und seltener Haustierrassen e. V. zur Aufgabe gemacht, auf die Bedrohung aufmerksam zu machen, Züchter und Halter zu organisieren und die Vielfalt der Nutztiere zu bewahren. Der Schutz und Erhalt alter Rassen setzt voraus, dass eine genügend große Anzahl von Tieren vorhanden ist und ein Austausch unter den Züchtern stattfindet. Nur so kann Inzucht vermieden werden. Eine andere Form der Konservierung ist das Einfrieren von Embryonen. Am sichersten gewährleistet man den Erhalt, wenn es gelingt, erfolgreich einen Markt zu bearbeiten, wie dies der bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall mit dem Schwäbisch Hällischen Schwein gelungen ist. Auf diese Weise wird auf lange Sicht gewährleistet, dass die Bauern einen freien Zugriff auf Tiere für ihre Produktion haben und nicht von Unternehmen abhängig werden, die ganz eigene Ziele verfolgen.

Das patentierte Schwein

Dass ein potentieller Zugriff von Unternehmen auf die Grundlagen landwirtschaftlicher Produktion einen realen Hintergrund hat, ist im Saatgutbereich schon lange bekannt. Einen ersten Schritt, dies auf Tiere auszudehnen, hat Monsanto im vergangenen Jahr unternommen. Das Unternehmen stellte einen Antrag auf die Patentierung eines natürlichen Wachstumsgens bei einer Schweineherde. Sollte der Antrag Erfolg haben, wären viele Schweinehalter betroffen, wie eine Untersuchung von Greenpeace zeigt. Mittels Blutuntersuchungen von konventionellen Schweinen deutscher und dänischer Bauern konnte die Umweltschutzorganisation zeigen, dass die zum Patent anstehenden Gene weit verbreitet sind. Die Globalisierung und der gesellschaftliche Wandel, aber auch die immer noch zunehmende Ausrichtung auf Höchstleistung sind eine große Bedrohung für die heute noch bestehende Nutztiervielfalt. Neben dem Wissen um die Vielfalt sind vor allem der Erhalt und der freie Zugang wichtig, um eine nachhaltige Landwirtschaft zu gewährleisten. mn

GEH (Gesellschaft zur Erhaltung alter und seltener Haustierrassen e. V.): www.g-e-h.de

Terminator-Saatgut in grünem Kleid

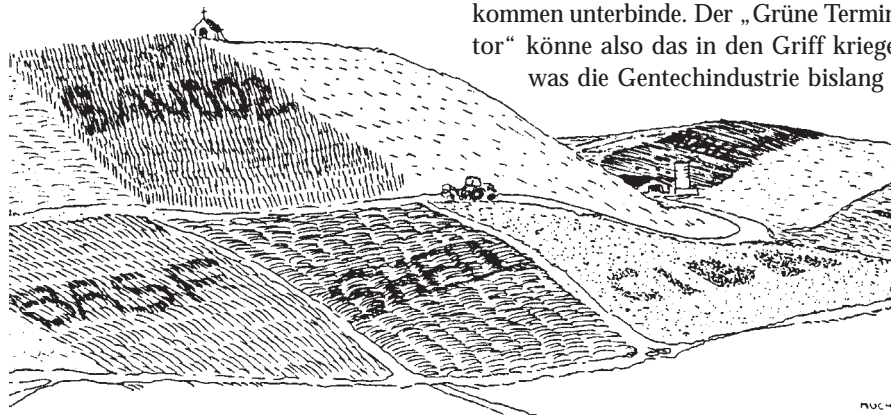
Die Rückkehr der Nachbau-verhindernden Technologie in die internationale Debatte

Damals schien die Apokalypse Wirklichkeit zu werden, als 1998 eine kleine kanadische Umweltorganisation folgendes enthüllte: Die US-Regierung hatte dem Pflanzenzuchtunternehmen Delta & Pine Land Patentschutz für eine atemberaubende wie bedrohliche Neuentwicklung erteilt. Dem Unternehmen, welches kurze Zeit später von Monsanto übernommen wurde, war es gelungen, mittels Gentechnik einen Mechanismus zu entwickeln, der Pflanzen steril macht. Die an der Entwicklung beteiligten Mitglieder der US-Regierung sprachen vom „biologischen Patentschutz“, der endlich die oftmals schwierige Durchsetzung der Patentansprüche von Unternehmen gegenüber den Bäuerinnen und Bauern überflüssig macht. Wo Erntegut seiner Keimfähigkeit beraubt ist, kann kein Nachbau mehr stattfinden. Die Strategen und Gentechniker hatten nicht mit dem Sturm der Entrüstung gerechnet, den die Veröffentlichung ihrer glorreichen Errungenschaft auslöste, sonst hätten sie sie wohl schon damals anders kommuniziert. Die Folge war jedenfalls, dass die nun so benannte „Terminator Technologie“ weltweit als ethisch nicht vertretbar gebrandmarkt wurde. Auf der Mitgliederkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) beschloss die Regierung der Welt 1999 ein de-facto-Moratorium, in dem sie sich gegen die Freisetzung und die kommerzielle Nutzung der Technologie aussprachen.

Gefahr gebannt?

Es konnte aufatmet werden, das unangenehme Thema war vom Tisch. Wer allerdings damit auf das endgültige Ende des Terminators hofft, irrt. Keines der großen Unternehmen der Branche, nicht nur Terminator-Erfinder Delta & Pine Land und damit Monsanto, gab das Projekt auf. Zu attraktiv ist nach wie vor die Vorstellung, den weltwei-

ten Saatguteinsatz der Bäuerinnen und Bauern vollständig zu kontrollieren. Wie schwer es aus Sicht der Saatgutunternehmen ist, ihre Interessen durchzusetzen und ihre durch immer größeren Forschungs- und Technologieinsatz immer teureren Produkte gewinnbringend abzusetzen, wird auch an den Auseinandersetzungen rund um die Nachbaugebühren in Deutschland deutlich. Wenn ein Konzern wie beispielsweise Syngenta die Hälfte seiner Forschungskosten für die Biotechnologie ausgibt, muss natürlich auch einiges zurückkommen. Diese großen Unter-



nehmen sind aber nicht nur Produktentwickler, sondern auch Lobbyisten mit einem nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Regierungen der Welt im allgemeinen und die der Industrieländer, in denen sie ihre Stammsitze haben, im besonderen. Deshalb verblüfft es kaum, dass im vergangenen Jahr auf der jährlichen CBD-Mitgliederkonferenz eine Allianz unter der Federführung Kanadas eine Kampagne gegen das Terminator Moratorium startete. Zwar hielt die Mehrheit der Terminator-Gegner vor allem aufgrund der ablehnenden Haltung der Länder des Südens auch noch auf der diesjährigen CBD-Konferenz, aber der Druck wird größer. Zumal es eine neue Kommunikationsstrategie auf Seiten der Gentechnikkonzerne gibt. Grund-

sätzlich gilt es, um die Akzeptanz der Gentechnik in der Bevölkerung zu erhöhen, neue Argumente aufzufahren. Die Produkte dürfen nicht länger als überflüssige Risikoware rüberkommen, welche ausschließlich der Profitmaximierung ihrer Erzeuger dienen. So lässt sich auch aus der Terminator-Technologie noch eine segensbringende Errungenschaft machen. Sie könne nämlich, so die Argumentation, die von den Gentechnik-Gegnern so gern als Horrorszenerario beschriebene Auskreuzung genmanipulierter Pflanzen verhindern, da sie ja die Keimung der Nachkommen unterbinde. Der „Grüne Terminator“ könne also das in den Griff kriegen, was die Gentechindustrie bislang ei-

gentlich als Problem gelehnt hatte. Es mag verlockend klingen: Da könnte sich doch die Gentechnik selbst kontrollieren, nichts würde in unsere Umwelt entfliehen. Die Technologie würde zu einem Instrument der biologischen Sicherheit speziell auch dann, wenn irgendwann gentechnisch erzeugte Pharmapflanzen Medikamente auf den Feldern produzieren.

Biologische Sicherheit?

Was die Konzernstrategen gern verschweigen ist, dass die Terminator-Technologie keine 100 %ige Erfolgsquote erreicht, auch gar nicht zu erreichen braucht für ihre eigentliche Aufgabe. Als biologischer Patentschutz reicht es aus, wenn die Keimfähigkeit der Nachkommen um 70 bis 80 % reduziert ist, und nur das gewährleistet die komplizierte, störanfällige Technologie überhaupt. Hinzu kommt, dass der Pollen von Terminatorpflanzen nicht steril ist und sich und seine zerstörerische Eigenschaft also selbst durch Auskreuzung weiterverbreiten kann. Ein Szenario, das die Saatgutunternehmen nicht gerne öffentlich ausmalen, weil es wieder dem Bild des profitgierigen Machtkonzerns entspricht, ist also die Situation, dass durch Terminator-Pollen herkömmliches Saatgut in der nächsten Generation keimfähig wird und damit bäuerlicher Nachbau auch dem unmöglich wird, der gar kein Terminator-Saatgut eingesetzt hat. Am Ende bliebe die totale Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern von den industriellen Saatgutproduzenten – für die Einen die Apokalypse, für die Anderen das Paradies. cs

Verweigerungsvermerk

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser – getreu diesem Motto meldet sich die Saatgut Treuhandverwaltungs GmbH (STV) derzeit wieder verstärkt bei Bäuerinnen und Bauern zur Kontrolle an. Besonders Vermehrer von Saat- und Pflanzgut scheinen von Interesse für die STV. Geschickt versuchen die Treuhandvertreter, bei einer Überprüfung der Vermehrerverträge auch gleich noch an die Informationen zum Nachbau heranzukommen. Bereits im Anschreiben kündigen sie neben der Kontrolle auch die Erfassung der Nachbauangaben mit an. Wer dies nur wie ein Angebot verstehen will und dankend ablehnt, so wie ein Landwirtschaftlicher Berater und sein bäuerlichen Kunde in Norddeutschland, der handelt sich die Antwort ein, dann müsse ein „Verweigerungsvermerk“ zu dem Vorgang gemacht werden. Man sei doch schließlich zur Auskunft verpflichtet und andernfalls würde man von Seiten der STV rechtliche Schritte einleiten. Berater und Bauer ließen sich davon nicht beeindrucken und blieben bei ihrer Ablehnung.

Fernsehstar Linda

Gene Hackman, Tom Cruise und Linda, Gletztere strahlend ins Bild gehalten von AbL-Geschäftsführer Georg Janßen, das waren für das Magazin „stern“ die Fernsehhighlights in ihrem TV-Wochenüberblick Mitte November. Der WDR berichtete in „die Story: Immer Ärger um Linda“ am 13.11. ausführlich und mutmachend über die Auseinandersetzungen rund um die Königin der Knollen. Derweil versucht Europlant seinen einstigen Star schlecht zu reden. In einer Pressemitteilung unter der Überschrift „Enttäuschung auf breiter Front – Linda-Anbauer erleiden große Verluste“ bilanziert das Unternehmen das Kartoffeljahr 2006 als Flop für Linda („lose Schale,

verwachsene Knollen, und tiefe Augen sowie einen erhöhten Anteil an faulenden Knollen“) während es gleichzeitig die hervorragende Qualität ihrer Sorte Belana herausstellt. Dass mit den schwierigen Witterungsbedingungen für den Kartoffelanbau in diesem Jahr generell Qualitätsprobleme einhergehen und entscheidender für Aussehen und Beschaffenheit einer Partie die individuellen Bedingungen bei Ernte und Lagerung sind, wird nicht erwähnt. Die Bauern in und um den Linda-Freundeskreis haben jedenfalls keine außergewöhnlichen Probleme mit ihrer Linda, im Gegenteil, gerade Fäulnis im Lager scheint eher bei anderen Sorten aufzutreten. cs

Gentechniksaatgut fällt nicht vom Himmel

Von der Vermehrung transgenen Saatguts in Chile und Costa Rica

Kofi Annan warnt

Der UN-Generalsekretär warnt vor den Gefahren des schnellen Wachstums der Biotechnologiebranche. Mit katastrophalen Resultaten sei zu rechnen, wenn die neuen Erkenntnisse, auch der Genmanipulation und der Virusforschung, in die falschen Hände fallen. Mit der wachsenden Forschung und der steigenden Zugänglichkeit zu Technologien steigt, so Annan, das Risiko eines internationalen Schadens. Auch Neulinge in kleinen Laboratorien werden in der Lage sein, gentechnische Manipulationen durchzuführen. Schon im Mai hatte Annan sich für ein globales Forum zu Terrorismus durch Biotechnologie ausgesprochen. Nach seiner Einschätzung sind die bestehenden Gesetze zu weich und die kommerziellen Initiativen nicht konsequent genug. Es fehlt ein internationales System von Sicherheitsregeln, um den Risiken zu begegnen. Wissenschaftler können ihr Bestes tun, um Regeln für eine verantwortungsvolle Forschung zu gewährleisten. Die Fortschritte bei der Harmonisierung ebendieser Regeln wird aber durch die rasante Entwicklung der Wissenschaft selbst verhindert, sagte der UN-Generalsekretär anlässlich der Verleihung des Max Schmidheiny Friedenspreises in der Schweiz.

Vor dem großflächigen, kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen, so wie er seit 1996 in Amerika stattfindet, steht die Erzeugung und Vermehrung von transgenem Saatgut. Wo aber und unter welchen Bedingungen wird transgenes Saatgut vermehrt? Wie ist der politische Rahmen in den Anbauländern? Gibt es Widerstand seitens der Bauern oder der Zivilgesellschaft?

Freisetzungstourismus

Im Verlaufe der Züchtung bzw. des Zulassungsprozesses transgener Pflanzen werden diese nach der Gewächshausphase ins Freiland gesetzt, um das Verhalten der transgenen Pflanzen in Abhängigkeit von Umwelteinflüssen zu beobachten. Unbeiligt von gesellschaftlichen Debatten oder besonderen Kontrollen wird in Staaten wie Costa Rica und Chile unter für die Gentechnik-Industrie günstigem politischen Klima seit Anfang der 90er Jahre transgenes Saatgut produziert. Zwar haben beide Länder das Cartagena-Protokoll unterzeichnet, ein internationales Abkommen, das Mindeststandards für den Handel mit gentechnisch veränderten Organismen definiert, die in den Unterzeichnerstaaten umgesetzt werden müssen. Trotzdem gibt es weder in Costa Rica noch in Chile eine spezielle Gesetzgebung zur Handhabung der Agro-Gentechnik. Bereits seit den 1980er Jahren findet experimentelle Freisetzungen statt. Begünstigt durch das Klima, das mehrere Ernten pro Jahr ermöglicht und durch die zeitliche Verschiebung gegenüber dem Jahreslauf auf der Nordhalbkugel ist das im Süden produzierte Saatgut passend zur Aussaat in Nordamerika und Europa fertig.

Chile – Ursprungsgebiet von Mais, Kartoffeln und Raps

Saatgutvermehrung ist in Chile schon lange ein Wirtschaftszweig. Chile nimmt mit 4,3% der Weltmarktproduktion den sechsten Platz im Verkauf von Saatgut ein. Hauptausfuhrländer sind die USA, Frankreich und Deutschland. In Chile wird seit 1992 transgenes Saatgut vermehrt. Den Anfang machte die Tomate FlavrSavr, eine länger haltbare Tomate, die auch besser trans-

portfähig sein sollte. Sie hat den Einzug in die Regale aber nicht geschafft, weil ihr Geschmack so schlecht war, dass noch nicht einmal die Ketschup-Industrie Verwendung hatte. In Chile agierende Konzerne sind Pioneer und Monsanto. Sie haben dort u. a. den derzeit einzigen in Deutschland zugelassenen gv-Mais MON 810 vermehrt. Aber auch die KWS, Limagrain, Syngenta und Delta & Pine Land (die eng mit dem amerikanischen Landwirtschaftsministerium zusammenarbeiten) sind in Chile aktiv. Den höchsten Anteil hat die Produktion von Maissaatgut, geringere Anteile haben Soja und Raps. Daneben werden an 15 weiteren Kulturen Freisetzungen betrieben. Die Vermehrung konventioneller und gentechnisch veränderter Sorten auf engem Raum hat Konsequenzen. Im Jahre 2005 hat man

Costa Rica

In Costa Rica wird seit 1991 transgenes Saatgut vermehrt. Startschuss war die Saatgutproduktion von herbizidresistentem Soja von Monsanto, das dann für Freisetzungsvorversuche in den USA genutzt wurde. Schwerpunkte der GV-Saatgutvermehrung sind Baumwolle, Soja, Mais. 2005 wurde auf über 1.400 Hektar GV-Baumwollsaatgut produziert. In einer einzigen Anbauperiode im Jahr 2004 sind die Anbauflächen verdreifacht worden – Costa Rica reagiert damit auf die erhöhte Nachfrage u. a. aus den USA, die mit ihrer Baumwolle den chinesischen Markt beliefern wollen. Die chinesische Textilindustrie hat eine steigende Nachfrage nach Baumwolle, da die eigene Produktion für die Belieferung des europäischen Marktes nicht ausreicht.



Berichteten auf ihrer Deutschlandtour von den Zuständen in Costa Rica und Chile (v. l. n. r.):

Ana Julia Arana (Costa Rica) ist Mitglied des 1997 gegründeten Bürgerkomitees von Cañas und Vertreterin der Zivilgesellschaft in der nationalen Kommission für Biosicherheit (CTNB).

Maria Isabel Manzur (Chile) koordiniert das 1999 geschaffene Netzwerk für ein gentechnikfreies Chile, zu dem 20 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Ökolandbau und Verbraucherrechte gehören.

Fernando Ramirez (Costa Rica) ist Koordinator des Aktionsnetzwerkes zu Pestiziden und Alternativen in Lateinamerika, der regionalen Organisation des weltweiten Pestizid Aktions-Netzwerkes.

Foto: Annemarie Volling

bei 24 % der Proben von traditionellem Maissaatgut, das nach Frankreich geliefert wurde, gentechnische Verunreinigungen (MON 810 und NK603) nachgewiesen. Seit 1996 werden in Chile auch Mais, Färbdistel, Reis, Raps, Soja als Pharmapflanzen kultiviert. Das US-amerikanische Unternehmen Ventria Bioscience hat GV-Reispflanzen entwickelt, die mit eingebauten menschlichen Genen zwei Proteine produzieren sollen. Nachdem die Firma keine Zulassung für eine Freisetzung in den USA bekam, ist sie nach Chile gegangen. Mittlerweile hat der US-Bundesstaat Kansas die Türen für den Anbau von Ventrias Pharmareis geöffnet – staatlich gefördert.

Widerstand

In beiden Ländern regt sich mittlerweile Widerstand – unter Repressalien seitens der Gentechnik-Konzerne und Verfolgungen durch die Politik. Die südamerikanische GV-Saatgutproduktion erfolgt auf Kosten der Gesundheit, der Umwelt und der Biodiversität der Länder des Südens. Aber: „Wir werden den Kampf aufrecht erhalten und wollen verhindern, dass transnationale Konzerne über den Anbau und das Leben der Menschen bestimmen können! Wir wollen eine Welt, die frei ist von transgenem Saatgut und transgenen Pflanzen“, so Vertreter der Bürgerinitiativen aus Costa Rica und Chile anlässlich eines Besuchs in Deutschland, den das Genetische

Netzwerk organisierte. Gentechnik ist ein globales Problem, intensiver Informationsaustausch und Zusammenarbeit sind notwendig. Die europäische Bewegung für die gentechnikfreie Landwirtschaft ist für den Widerstand in den Ländern des Südens von entscheidender Bedeutung. Im Jahr 2005 erklärten sich die ersten zwei Gemeinden in Costa Rica für gentechnikfrei!

siehe auch GID Nr. 177 August September 2006 „Geheimniskrämereien im Umweltparadies“

Annemarie Volling

Amflora, eine Kartoffel, die es in sich hat

Eine gentechnisch veränderte Kartoffel soll die industrielle Stärkeproduktion revolutionieren.
Ein neuer Versuch der Industrie, den großflächigen Anbau von Gentechnik in Deutschland einzuleiten?
In der Europäischen Union steht ein neues gentechnisches Produkt vor der Zulassung

Eine Kartoffel mit dem Namen Amflora. Anders als der in Deutschland in den vergangenen Jahren in geringem Maße angebaute gentechnisch veränderte Mais, der sein eigenes Insektizid herstellt, liegt die Besonderheit der Amflora in einer speziellen Stärkezusammensetzung. Neben Deutschland ist ein Anbau in Polen und in den Niederlanden geplant. Derzeit führt das Unternehmen intensive Gespräche mit Anbauern für das kommende Jahr. Wie groß die geplante Anbaufläche aber werden soll war nicht zu erfahren. Entwickelt wurde die Kartoffel von BASF Plant Science, einer 100-prozentigen Tochter der BASF, eines der weltgrößten Chemieunternehmen. Auch wenn BASF mit der Zulassung von Amflora zum industriellen Anbau ein Neuling auf dem europäischen Markt ist, gehört die BASF Plant Science zu den führenden Unternehmen, wenn es um die Erforschung und Entwicklung der Pflanzenbiotechnologie geht.

Neue Technik

Die BASF-Kartoffel produziert im Gegensatz zu den bisher bekannten Stärkekartoffelsorten nur Amylopektin. Bei der Stärkegewinnung ist dies ein entscheidender Vorteil, da die normalerweise auch enthaltene Amylose nicht mehr in aufwändigen, wasserverbrauchenden Verfahren abgetrennt werden muss. Um dies zu erreichen, muss der Kartoffel kein artfremdes Gen eingepflanzt werden, wie dies bei insektenresistentem Mais oder Round Up resistenter Soja der Fall ist. In dem von BASF angewendeten Verfahren (Antisense) wird das Gen, welches für die Amylose-Produktion verantwortlich ist, gehemmt. Bei dem Verfahren wird eine spiegelbildliche Kopie erstellt und diese in das Pflanzengewebe eingebracht. Die Pflanze produziert nun auf der Vorlage der DNS zwei exakt spiegelbildliche Eiweiße (Proteine). Die beiden Proteine heben sich in der Wirkung auf und die Zelle produziert keine Amylose-Stärke mehr.

Kartoffelanbau in Deutschland

In Deutschland wurden in diesem Jahr auf 274.100 ha Kartoffeln angebaut. Auf 60 Prozent der Fläche wuchsen Speisekartoffeln. 6 Prozent dienten der Produktion von Pflanzgut. Auf den verbleibenden 34 Prozent wurden Stärkekartoffeln angebaut. Die Anbauregionen für Stärke-, Speise- und Pflanzkartoffeln sind identisch.

Schon in diesem Jahr hat BASF in kleinem Maßstab den Anbau der rotschaligen Amflora mit Landwirten im Vertragsanbau getestet. Im kommenden Jahr soll ein kommerzieller Anbau mit Vertragslandwirten in Sachsen-Anhalt und Brandenburg organisiert werden. Auch eine Stärkefabrik für die Verarbeitung sei schon gefunden, teilt eine Sprecherin der BASF mit. Einen Namen will sie aber noch nicht nennen. Geht man davon aus, dass die Kartoffeln nicht durch die gesamte Republik gefahren werden sollen, kommen als Verarbeiter nicht viele Unternehmen in Frage. In Brandenburg betreibt die Emsalandstärke zwei Werke, in denen Industriestärke aus Kartoffeln hergestellt wird. Cargill betreibt ein Werk in Sachsen-Anhalt, in dem allerdings nur Getreide verarbeitet wird.



Kartoffeln in Deutschland: ganz ohne Gentechnik?

Der Türöffner

BASF wird in seinen Vorträgen nicht müde, die Vorzüge der neuen Kartoffel zu preisen. Neben den besonderen Eigenschaften für die Industrie sei die Amflora auch unter Gesichtspunkten der Koexistenz unproblematisch. Hier allerdings widersprechen Kartoffelanbauer und Umweltschützer: Zwar fliegt der Pollen nicht besonders weit, wenn aber andere Pflanzen befruchtet werden, so bilden sie gentechnisch veränderte Früchte. Diese werden zwar nicht vom Menschen gegessen, aber sie können sich auf dem Feld ausbreiten und im kommenden Jahr neue Kartoffeln bilden. Ebenso verhält es sich mit den bei der Ernte zurückbleibenden Kartoffeln auf dem Feld. Im Normalfall bleiben ca. 10.000 Knollen auf dem Acker zurück. „Ein Großteil davon friert sicher

im Winter ab. Dennoch können bis zu vier Jahren nach dem Kartoffelanbau noch Kartoffelpflanzen auf dem Acker wachsen,“ berichtet Karsten Ellenberg, Kartoffelzüchter bei Lüneburg. Die zunehmend milden Winter verstärken diesen Effekt noch, da weniger Kartoffeln abfrieren. Der Acker, auf dem Genkartoffeln angebaut wurden, ist in jedem Fall deutlich entwertet.

Koexistenz unmöglich

Vor allem aber wird von Seiten der Verarbeiter ein Nebeneinander von gentechnisch veränderten und herkömmlichen Sorten ausgeschlossen.

Die im bayerischen Schrobenhausen beheimatete Südstärke wird keine gentechnisch veränderten Kartoffeln anbauen lassen oder verarbeiten. Dies deckt sich mit der Einschätzung der in der Anbaugenossenschaft organisierten Bauern. Auf ca. 10.000 ha werden hier Kartoffeln angebaut. 20 % Stärke-, 60 % Speise- und 20 % Pflanzkartoffeln. Ca. 10 % des europäischen Stärkebedarfs werden von der Südstärke gedeckt. Lieferungen gehen auch an Lebensmittelkonzerne wie Nestlé und Unilever. Im Lebensmittelbereich ist Gentechnikfreiheit Pflicht und damit kein Platz für Genkartoffeln. Auch die BASF schließt im Übrigen nicht aus, dass in Zukunft Teile der gentechnisch veränderten Kartoffel in Lebensmitteln auftauchen könnten. Der Zulassungsantrag bezieht daher neben der industriellen Verwendung auch Futtermittel und den Lebensmittelbereich mit ein.

Anbau ungewiss?

Bisher ist der Anbau im kommenden Jahr aber noch alles andere als sicher, denn bisher hat die Knolle noch keine EU-Zulassung. Am 4.12. kann der ständige Ausschuss mit einer qualifizierten Mehrheit den Anbau zulassen. In der Vergangenheit ist dies allerdings noch nie der Fall gewesen. Im nächsten Schritt könnte der Umweltministerrat den Antrag im März 2007 ebenfalls mit qualifizierter Mehrheit positiv bescheiden. Wenn das Abstimmungsverhalten bei der Zulassung der Amflora genauso ist wie bei den vorausgegangenen Verfahren, wird die Entscheidung noch später in der EU-Kommission gefällt werden. Diese allerdings hat bisher noch jeder Genpflanze die Legitimation erteilt. Für einen Anbau im kommenden Jahr käme die Entscheidung aber zu spät. *mn*

Neue Informationsbroschüre

Der BUND hat eine neu überarbeitete Broschüre mit „Informationen für Bäuerinnen und Bauern zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft“ herausgegeben. Die erstmals im Jahr 2004 herausgegebene Broschüre wurde grundlegend überarbeitet und durch neue Kapitel wie z. B. „Koexistenz-Richtlinien der EU?“ und „Zulassungsverfahren für GVO“ ergänzt. Die Broschüre gibt damit einen grundlegenden Einblick in die derzeit bestehenden Regelungen, die Konsequenzen von Patenten und die Erfahrungen mit dem Anbau von Genpflanzen. Für alle, die sich grundlegend in das Thema Agrogentechnik in Deutschland und weltweit einarbeiten wollen oder auch nur mal etwas nachschlagen möchten. Die Broschüre ist 76 Seiten stark und damit schon als Buch zu bezeichnen. Sie ist im Internet auf den Seiten von www.keine-gentechnik.de zu beziehen.

Von köstlichen Tomaten und falscher Bescheidenheit

Rumänien zieht für den EU-Beitritt die Zügel stramm

Nachgefragt:

Kann Rumänien es bis zum 1.1.2007 schaffen, die europäischen Gentechnik-Bestimmungen einzuhalten?

Greenpeace berichtet, dass nun immerhin das erste Testlabor für Gentechnik-Analysen in Rumänien offiziell eingerichtet wurde. Besichtigen durfte es zwar noch niemand, aber es scheint ein kleiner Schritt bei der Umsetzung der EU-Kennzeichnungsbestimmungen bis zum 1.1.2007 zu sein.

Die Umsetzung des Gen-Soja Anbauverbots ist abzuwarten, denn es ist Gen-Soja im Umlauf, das gar nicht registriert ist.

Mit dem EU-Beitritt drängt dagegen ein neues Gen-Konstrukt auf den rumänischen Markt, das bisher dort nicht zugelassen ist: MON 810 Mais. Greenpeace Rumänien fordert ein nationales Anbauverbot: Rumänien sei mit 3 Mio. ha Europas größtes Maisanbaugbiet und der Bt Mais gefährde auch Nutzinsekten, die für die nachhaltige Landwirtschaft notwendig sind. Zudem kommen mit dem Beitritt Rumäniens zwei neue Ökosystemtypen in die EU, was als Begründung für ein vorläufiges Anbauverbot ausreicht. Greenpeace wird seine gesammelten Argumente dem Premierminister überreichen.

Antje Kölling



Der EU-Beitritt ist in trockenen Tüchern: Minister Gheorge Flutur und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf auf einem Trachtenfest in Pojorata
Foto: Lorenzen

In wenigen Wochen wird Rumänien Mitglied der EU sein. Allen Unkenrufen zum Trotz hat die EU-Kommission grünes Licht für den Beitritt gegeben. Aber es gibt noch viel zu tun, auch im Landwirtschaftsministerium. Zum Beispiel ist dafür zu sorgen, dass die hoch aromatischen rumänischen Tomaten auch nach dem EU Beitritt noch genau so gut schmecken wie heute. Das war von einem Mitarbeiter des Ministeriums zwar als Scherz gemeint, hat aber einen ernsten Hintergrund: In Rumänien gibt es noch viele regionale Spezialitäten aus kleinstbäuerlicher Erzeugung. Um diese Produkte auch in Zukunft vermarkten zu können, müssen sie als Spezialitäten und geographische Besonderheit geschützt werden, aber gleichzeitig auch den EU-Hygienestandards entsprechen. Es wird also – wie in allen Beitrittsstaaten Osteuropas – wieder einen Wettlauf geben: Wie weit werden sich staatliche Veterinäre in überzogene Hygienevorschriften verrennen und wie viel Lebensmittelvielfalt wird sich auf lokalen und Qualitätsmärkten stur behaupten können?

Für die mittelständischen Lebensmittelverarbeiter gibt es Probleme mit der Erfüllung der EU-Hygienevorschriften sowie mit der Zuverlässigkeit ihrer Lieferanten: Für viele Höfe ist die Ablieferung nur eine Restwertung, der Grossteil der Produktion wird selbst verbraucht oder direkt verkauft. So kann zum Beispiel die Molkerei COLACTA im Dorf Pojorata mit 7 Mitarbeiter/-innen 2.500 kg Milch pro Tag zu Käse mit EU Qualität verarbeiten. Der Inhaber beklagt aber, dass sowohl die Menge als auch die Hygienequalität der Milch, die ihm die Bauern liefern, stark schwankt. Da die Höfe so klein sind, wären individuelle Milchkühlsysteme sehr teuer. Ideen wie der Bau eines kollektiven Milchkühltanks scheinen nicht aufzukommen – die Schrecken aus der Zeit der Zwangskollektivierung wirken noch nach. Der Molkerist erwägt als Konsequenz, selbst 20 Kühe anzuschaffen. Neue Märkte für die Kleinbauern vor Ort schafft das leider nicht.

Ländliche Entwicklung: Spagat zwischen lokalen Märkten und Exportträumen

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und sein Brüsseler Team haben sich auf Einladung des rumänischen Landwirtschaftsministers Gheorge Flutur im Oktober ein Bild von der Lage der Landwirtschaft vor dem Beitritt verschafft. Die Gespräche mit dem Minister, Parlamentariern, Netzwerken der ländlichen Entwicklung und eine zweitägige Reise durch die im Nordosten gelegene Kleinbauernregion Bukovina haben die Chancen und Probleme des Beitritts vor Augen geführt.

Es gibt in Rumänien grob gesagt im Norden vor allem Subsistenz- und kleinbäuerliche Landwirtschaft und im Süden riesige Nachfolgebetriebe der Kolchosen. Eine bäuerliche Betriebsstruktur in der Mitte dagegen fehlt. 53 % der Nutzfläche werden von Familienbetrieben mit einer durchschnittlichen Größe von 1,8 ha bewirtschaftet, davon sind 94% der Betriebe kleiner als 5 ha. 43 % des Landes werden von Agrar-Firmen bewirtschaftet, die eine durchschnittliche Größe von 282 ha haben, einige mit 20.000 ha und mehr.

Der Minister will lebensfähige Familienbetriebe mit 10-20 ha Land schaffen und die ländliche Entwicklung fördern. Seine Politik versucht den Spagat zwischen den ganz Kleinen und den ganz Grossen, zwischen Stabilisierung lokaler Märkte und den Exportserwartungen der Massenerzeuger. Die ländlichen Räume in Rumänien beherbergen 48 % der Bevölkerung, seit 1998 ist die Zahl der Bewohner auf dem Lande noch von 10,36 Millionen auf 10,43 Mio. gestiegen. Die Landwirtschaft hat einen Anteil von 13 % (2003) am Bruttonationalprodukt, beschäftigt aber 35,7 % der Arbeitskräfte. Eine nachhaltige ländliche Entwicklungspolitik könnte daher vielen Menschen auf dem Lande helfen, dort ihr Einkommen zu finden, auch denen, die aus der landwirtschaftlichen Erzeugung aussteigen müssen oder wollen, weil ihre Betriebe wirtschaftlich zu wenig abwerfen.

Das für die ländliche Entwicklung zuständige Team im Ministerium wirkt dynamisch, es gibt auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Verband für ländliche Entwicklung, Ruralnet (www.ruralnet.ro). Jedoch fehlt eine Vielfalt von Partnern. Viele kleine Verbände vor Ort, die sich mit dem

ländlichen Raum befassen, konzentrieren sich nur auf Umweltthemen. Ganzheitliche Ansätze für eine auch wirtschaftlich nachhaltige ländliche Entwicklung sind in einem agrarisch geprägten Land wie Rumänien aber besonders notwendig. Wenn mehr und mehr Projekte zu Erfolgsbeispielen werden, werden hoffentlich andere Einzelpersonen und Verbände die Chancen erkennen und sich vor Ort engagieren.



Reiter in Tracht im Dorf Pojorata

Foto: Kölling

Verwalten gegen die Zeit

Minister Flutur kann auf einige Erfolge bei der Verwaltungsreform in seiner bisher zweijährigen Amtszeit verweisen: Um an Gelder für die ländliche Entwicklung aus dem SAPARD-Fonds (Vorbeitrittsstipendien der EU) zu kommen, mussten Antragsteller früher 8 Behörden besuchen. Heute werden die Anträge von einer einzigen Stelle koordiniert. Die SAPARD Mittel wurden daher bis vor einem Jahr kaum genutzt. Mittlerweile sind sie aufgebraucht und Rumänien hat einen nationalen Fonds für ländliche Entwicklung geschaffen, um die Zeit bis zum 1. Januar 2007 zu überbrücken, wenn die ELER-Gelder (EU-Fonds für die ländliche Entwicklung) zur Verfügung stehen werden. Investiert wird zum Beispiel in Molkereien, Fleischverarbeitung und Landhotels.

Die Erstellung des rumänischen Landkatasters ist nicht endgültig abgeschlossen, noch sind 420 Landvermesser-Teams in allen Regionen unterwegs und bringen Besitzverhältnisse mit Satellitenbildern in Übereinstimmung. Absehbar ist jedoch, dass die Auszahlung der Direktbeihilfen an die ca. 1 Million antragsberechtigten Betriebe die rumänische Verwaltung vor ein finanzielles Problem stellen wird: Bei den Beitrittsverhandlungen wurde – damals noch von der Vorgängerregierung – nur gut die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei der EU-Kommission angemeldet.

Hannes Lorenzen und Antje Kölling

Rinderlegende

von Carl Zuckmayer

Die Rinder sind vom Schöpfer ausersehen
Zu Trägern der Versöhnung durch die Welt.
Sie geben Milch und lassen gern geschehen,
Daß man sie nimmt und ganz für sich be-
hält.

Ihr Blick ist braun und tief wie große Teiche
Im Sumpf, durch den sie stapfen voller
Müh,
Nicht viele Tiere sind dem Himmelreiche
So nah wie Ochsen, Kälber oder Küh.

Und als das Kind geboren ward im Stalle,
War Ochs und Kuh dabei, damit es warm

Für Kind und Mutter sei, und wiegen alle
Die Häupter, wie sie's wiegte auf dem Arm.

Und wenn die Kreatur von Wasser, Luft und
Erde

Sich einst dem Paradiese naht am Jüngsten
Tag,

Geht in der Mitte ruhig eine Rinderherde,
Wie sie's zu aller Zeit auf Erden pflag.

So geht das Zebu auf dem gelben Acker,
Und unterm Acker geht die Wurzelmaus,
Und auf dem Zebu geht der Madenhacker,
Und auf dem Madenhacker geht die Laus.



Schon fast Legende! Pustertaler Schecken

Foto: Bernd Theis www.pustertaler-zuchtbetrieb.de

Der Deutsche Tierschutzbund wird 125 Jahre

Zur Feier des Tages hatte der Deutsche Tierschutzbund in die Räume des Tierheims Berlin geladen. Der Deutsche Tierschutzbund blickt auf eine lange Geschichte zurück.

Die Tierschutzherausforderungen der Gründungszeit unterschieden sich von den heutigen zum einen qualitativ, aber auch quantitativ. Die Stichworte aber sind nicht dieselben geblieben: Vor über hundert Jahren ging es um Themen wie Vogelschutz, Kettenhunde oder Gänsemast, Kastrationen, Hunderennen und Stierkampf. Tiere dienten oft als Zug- und Arbeitstiere – damals protestierte der Deutsche Tierschutzbund gegen den Missbrauch von Grubenpferden, Hunde- und Pferdegespannen. Später kamen die ersten systematischen Tierversuche auf. Seit Mitte des vorherigen Jahrhunderts werden Tiere in der Landwirtschaft systematisch vermehrt und auf Leistung gezüchtet, um mehr Milch und Fleisch zu liefern. Auch dies ist nicht selten mit Leid für die Tiere verbunden. Besonders in punkto Legehennenhaltung verurteilt Tierschutzpräsident Wolfgang

Apel die Rücknahme des Käfigverbots durch den Bundesrat und die Bundesregierung. Auch in anderen Bereichen der landwirtschaftlichen Tierhaltung sei noch immer ein Hang zur Industrialisierung zu verzeichnen. Dieser gehe letztlich zu Lasten der Tiere und damit auch der Verbraucher.

Gemeinsam mit der Abl, der Buko Agrarkoordination und dem BUND hat der Deutsche Tierschutzbund 1988 den „Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung e. V. NEULAND“ gegründet. Der Verein hat die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um NEULAND als ein eigenständiges Markenfleischprogramm aufzubauen. NEULAND wurde bewusst nicht als Öko-Programm gegründet. Es wurde ein neues Konzept entwickelt, das Maßstäbe für die artgerechte Tierhaltung setzt. Von vielen Institutionen sind diese mittlerweile anerkannt. Ziel ist, eine qualitätsorientierte, tiergerechte und umweltschonende Tierhaltung auf bäuerlichen Betrieben zu entwickeln. mn

Zorniger dicker Mann

Vor Jahren las ich ein Buch von Konstantin Wecker, in welchem er sich ausführlich mit der Frage herumplagte, ob ein deutlich übergewichtiger Kerl so wie er das Recht habe, zornig zu sein und kritische Lieder zu singen. Damals lächelte ich darüber; denn ich hatte die Doppelzentnerschwelle noch nicht geknackt. Er aber, der Wecker, er meinte es ernst.

Alle meine Versuche, mein Gewicht zu reduzieren, schlugen fehl. Ich stellte sogar, in einem Anfall wilder Hoffnung auf schlanke Waden und zierliche Fesseln, auf ökologische Landwirtschaft um, kannte ich doch zuvor ausschließlich drahtige, hagere Biobauern. So einer wollte ich auch werden.

Es hat nicht geklappt. Gestern erst stand ich vor dem Spiegel, hatte mir gerade das Hemd in die Hose gesteckt. Eine grotesk riesige Wampe wölbte sich aus mir heraus. Plötzlich wusste ich, warum noch niemals nach einer Lesung ein Groupie zu mir in den Backstage-Bereich gekommen ist. Verdammte, ich sehe aus wie Meat Loaf! Augenblicklich entschied ich, niemals wieder eine Schokolade anzurühren, und jetzt sitze ich im Büro, bei Tee und Marzipan (ist ja keine Schokolade drumrum) und schreibe mir den Frust von der Seele. Oh ja, ich bin fett, und oh ja, ich bin zornig.

In der Schulzeit war ich mit Alf befreundet. Ich sprach ihn zuletzt vor 19 Jahren. Jetzt bin ich 38. Mein halbes Leben lang habe ich ihn

nicht mehr gesehen. In der zehnten Klasse habe ich ihm aus Versehen das Schlüsselbein gebrochen, beim Fußball im Schulsport. Er war einfach zu leicht gewesen und flog nach meinem kleinen Rempler geradewegs gegen den Pfosten. Der Ball war drin. Ich war ein guter Stürmer, damals.



... aus Norddeutschland

Neulich gab ich seinen Namen in eine Internet-Suchmaschine ein. Ich wusste, dass er nach dem Bund – natürlich war er zum Bund gegangen, zwei Jahre Zeitsoldat – zur Deutschen Bank gegangen war. Die haben ihm sogar das Studium finanziert. Und er hat da scheinbar richtig Karriere gemacht. Wahrscheinlich begrüßen er und Ackermann sich immer mit dem Victory-Zeichen. Vom Bildschirm grinste er mich dann kalt an. Geschniegelt, jugendlich, kein Gramm Fett, braungebrannt.

Alf, es tut mir leid. Ich kenne dich gar nicht mehr, aber dieses Grinsen erfüllte mich mit Abscheu. So grinsen sicher auch die beschissenen Werbeleute aus unserer nichtswürdigen Generation, die in vollem Bewusstsein ein Lied von Rio Reiser zu einem hirnverbrannten Werbejingle gemacht haben. Ich weiß es: Rio rotiert in Fresenhagen in seinem Grab, und die grenzenlos zynischen Agenturärsche freuen sich; denn ihre Rechnung geht auf. Zwar werden sie für ihre Schandtaten gehasst, aber ihre Werbung brennt sich selbst mir ins Hirn, und genau das haben sie gewollt. Irgendwann werden die ersten armen Würste denken, Rio Reiser habe eine Werbemelodie gecouvert. So und nicht anders funktioniert Kapitalismus. Einen gottverdammten Mediemarkt werde ich aber niemals mehr betreten.

Wenn ich mal tot bin und mich nicht mehr wehren kann, so durchfährt es mich, vielleicht wirbt dann Monsanto mit meinen Texten. Es schüttelt mich vor Ekel. Zur Sicherheit habe ich gerade zwei Solidaritätslesungen vereinbart. Bei der nächsten Feldbefreiung, wo auch immer, und nächstes Jahr im November im Wendland zur Unterhaltung der Sitzblockierer und vielleicht der Polizisten, wenn sie zuhören mögen.

Und ach ja, Alf. Es fällt mir jetzt wieder ein. Damals, in der Schule. Es war kein Versehen. Es war Absicht. Für das kalte Grinsen.

Und für Rio.

Der Milchkontrolleur zum Hören

Ein brutaler Mord mitten auf dem norddeutschen Land. Das Opfer eine alleinstehende Frau. Im Dorf war sie vor allem bei den Männern gut bekannt, die gerne ein paar Stunden bei der Bäuerin verbrachten. Die Untersuchungen des Falls übernimmt der Neuling Allmers. Der kommt selbst aus dem Dorf, in dem sein Bruder Hans Georg Allmers als Milchkontrolleur tätig ist. Als Milchkontrolleur hat Hans Georg das Vertrauen der Bauern, weshalb sein ungeliebter Bruder ihn gerne als Informant einsetzen möchte. Als dieser sich dann auch noch in die hübsche Journalistin verliebt, die an

dem Fall arbeitet, ist Chaos vorprogrammiert. Der Roman lebt von den vielen Charakteren, die aus dem tatsächlichen Leben zu stammen scheinen.

Der erfolgreich Krimi des Landwirts Thomas B. Morgenstern ist jetzt auch als Hörbuch, gelesen von Peter Kühn, erschienen.

Der Milchkontrolleur;
5 CD (ungekürzt) ca. 350 min, MCE,
ISBN 3-938097-08-6, Preis 25,90 Euro
Als Buch zum Selbstlesen
ISBN: 3-938097-03-5, Preis 10,90 Euro
zu beziehen über den Abl-Verlag



Blühende Landschaften

Die neue Broschüre stellt die schwierige Ernährungssituation für Biene, Hummel, Schmetterling und Co. in einer blütenlosen Landschaft dar. Sie erläutert die Bedeutung der Insekten für die Kulturlandschaft und das Ökosystem.

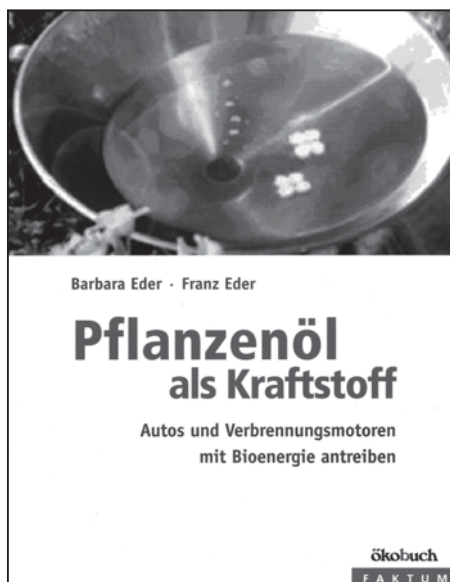
Im Hauptteil werden Handlungsempfehlungen für Landwirtschaft, Gartenbau und Landespflege gegeben. Diese sind z. B.

Anbauanleitungen im Ackerbau, Nutzungsempfehlungen für Grünland und Empfehlungen für Saatgutmischungen. Auch

Listen von insektenfreundlichen Stauden und Gehölzen, die Nektar und Pollen bieten, sowie Empfehlungen für eine insektenfreundliche Gestaltung von Waldsäumen, Hecken und öffentlichen Flächen sind enthalten.

Eine überaus gut lesbare und praktische Handreichung, der eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

Zu bestellen ist die Broschüre für 8 Euro zzgl. Versand beim Netzwerk Blühende Landschaft, Mellifera e. V., Fischermühle, 72348 Rosenfeld, Tel.: 07428 9452490, Fax: 07428 9452499



Pflanzenölkraftstoff

Haben Sie auch schon mal darüber nachgedacht, wie es wäre, mit Salatöl Auto zu fahren? Oder aber mit dem selbst gepressten Rapsöl vom eigenen Acker? Und auch die Frittenbude kommt als Rohstoff-Lieferant in Frage. Allerdings müssen einige Modifikationen am Motor vorgenommen werden und auch die Ölqualität spielt eine entscheidende Rolle, wenn der Motor störungsfrei laufen soll. In ihrem Buch „Pflanzenöl als Kraftstoff“ geben Barbara und Franz Eder einen grundlegenden Überblick über die technischen Anforderungen und Möglichkeiten. Vergleichend werden die verschiedenen Produktionsweisen und die Energie-

effizienz für Pflanzenöl und Biodiesel gegenüber gestellt. Kapitel zur Umweltverträglichkeit und dem nachhaltigen Anbau von Ölpflanzen sowie des zukünftigen Potentials runden das Buch ab.

Für alle, die einen Einstieg und Überblick bekommen wollen, ist das Buch eine gute Wahl.

Pflanzenöl als Kraftstoff; Barbara und Franz Eder; 110 Seiten; viele Abbildungen; 17 x 24 cm; 11,90 Euro; ISBN 3-936896-05-4; Ökobuchverlag zu beziehen über den Abl-Verlag

Windräder bauen

Überall entstehen Windparks. Riesige Anlagen. Für den Einzelnen viel zu groß und vor allem zu teuer. Horst Crome beschreibt in seinem „Handbuch der Windenergie Technik“ den Bau einer Windkraftanlage für handwerklich Versierte.

Dass das Ganze mehr ist als ein nettes Windspiel im Garten, wird schon auf den ersten Seiten deutlich. Vor der eigentlichen Anleitung steht erst mal Theorie. Eigenschaften von Wind. Funktionsprinzip Windrad. Gibt es den optimalen Flügel? Vom Grundwissen leitet der Autor schnell auf technische Details über und erläutert verschiedene Steuerungsmechanismen, damit die Anlage immer im Wind steht, bzw. bei Sturm automatisch abschaltet. Nicht Hightech ist hier gefragt, sondern einfache Mechanik, die dem Wind direkt zum Steuernden macht. Das Buch erklärt sehr anschaulich, wie die einzelnen Segmente aufgebaut und miteinander verbunden sind. Zur Verwendung kommen handelsübliche Bauteile. Vorgestellt werden drei Anlagentypen von 700 W bis 12 KW. Die Rotoren messen zwischen 3 und 8 Metern.

Wer über den Bau eines Windrads für die Stromproduktion oder das Wasserpumpen nachdenkt, für den ist dieses Buch ein Muss. Nichts zum Basteln mal gerade eben. Funktionelle Technik gut beschrieben.

Handbuch Windenergie-Technik; 208 S.; Zeichnungen und Fotos; 21 x 21 cm; geb. 26,60 Euro; ISBN: 3-922964-78-8 zu beziehen über den Abl-Verlag



Astrid Lindgren: Als der Bäckhultbauer in die Stadt fuhr

Es ist schon einige Jahre her, da fiel mir auf einem Bücherflohmarkt ein relativ unbekanntes kleines Buch von Astrid Lindgren in die Hände. Es hieß: „Ein Kalb fällt vom Himmel“. Ich las kurz den Klappentext. Es ging um einen Bauernjungen und ein Kalb. Das kam mir irgendwie bekannt vor. Ich griff zu und brachte es meiner Familie mit, um es abends vor dem Schlafengehen vorzulesen.

Es war nicht einfach. Es ist nicht einfach eine kleine Geschichte, die man so eben mal vorliest. Denn dieser kurze Text der wunderbaren Astrid Lindgren rührte mich so sehr an, dass ich an diesem Abend im Zimmer meiner Tochter Carla beim Vorlesen stockte, denn mir kamen unwillkürlich die Tränen und tropften schwer auf das Papier, das sich seitdem wellt wie die Ostsee zwischen uns und Schweden.

Zum Buch: Johann ist furchtbar traurig; denn die einzige Kuh seiner Eltern ist verendet, weil sie einen Nagel gefressen hat. Nun weiß die ganze Familie nicht mehr weiter; sogar Johanns Mutter weint am Abend. Und Johann ist wü-

tend auf Gott, der ihnen ihre einzige Kuh nimmt, während die zwanzig Kühe des großen Bäckhultbauern (waren wohl andere Zeiten damals...) kerngesund sind. Da findet Johann eines Morgens ein Kalb im Straßengraben.

Wie Johanns Familie nun doch wieder zu einem Kalb kommt und was der Großbauer damit zu tun hat, das erzählt Astrid Lindgren so herzerweichend einfach, dass es mich starr macht vor Ehrfurcht, weil ich weiß, dass ich niemals etwas schreiben werde, was auch nur ansatzweise so großartig ist wie diese schon 1957 erstveröffentlichte Geschichte. Und nicht einmal der Großbauer kommt dabei schlecht weg.

Neu erschienen ist das mit drolligen Illustrationen versehene Buch unter dem (nicht besseren) Titel „Als der Bäckhultbauer in die Stadt fuhr“ im Oetinger Verlag in der Reihe „Sonne, Mond und Sterne“. Kaufen!



Astrid Lindgren:
Als der Bäckhultbauer in die Stadt fuhr
Oetinger Verlag Hamburg,
65 Seiten, Euro 6,50,
ISBN 3-7891-0501-5

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2006 2005 2004 2003 2002 2001 2000
19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € _____ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € _____ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Kalender mit Hintergrund

24 Aquarelle begleiten durch das Jahr 2007. Gemalt worden sind sie von Mitgliedern von Formica. Einer Gruppe von Künstlern, die sich in der künstlerisch – ökologischen Arbeitsgruppe zusammenschlossen haben.

24 Bilder in zwölf Monaten, das gelingt mit einem Doppelkalender. Von der einen Seite begonnen sieht man Darstellungen aus dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Auf der anderen wird man ins ferne Island entführt.

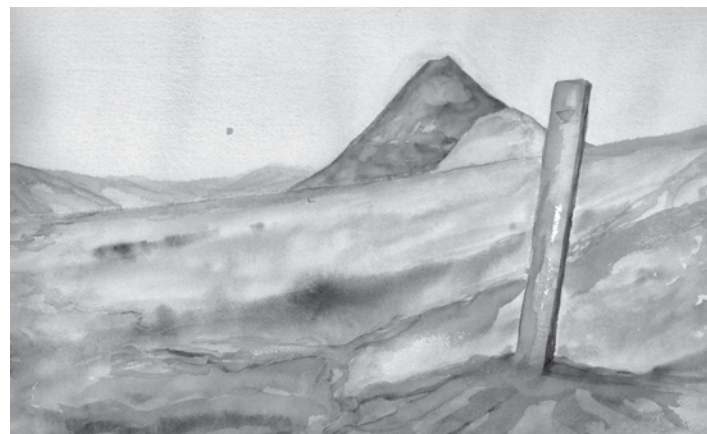
Beide Male geht es neben der Kunst auch um den Erhalt der Landschaft. Das Biosphärenreservat wird massiv von der Ausbreitung der Gentechnik bedroht. Die rauhe und bisher unberührte Natur Islands soll zugunsten von gigantischen Wasserkraftwerken und Schwerindustrie erschlossen werden. Die Bilder zeigen, wie erhaltenswert das Bestehende ist.

Der Kalender ist zweisprachig (deutsch/isländisch).

Vierfarbdruck; 34 x 46 cm; 15 Euro

Zu bestellen bei FORMICA;

Joachim Czespa; Ludwigsluster Str. 7; 12619 Berlin



Neue alte Obstsorten

188 Apfelsorten, 86 Birnensorten, Kirschen, Mirabellen, Pflaumen und Pfirsiche. In dem Obstatlas „Neue Alte Obstsorten“ aus Österreich ist alles vereint. Neben den viele Sorten, die weit über die Grenzen von Österreich hinaus verbreitet sind, findet man auch regionale, für Österreich typische Sorten.

Einleitend werden kurz und anschaulich die wichtigsten Bestimmungskriterien von Obstsorten dargestellt. Neben den detaillierten Sortenbeschreibungen mit Angaben zum Aussehen und der Beschaffenheit der Früchte werden auch der Ernte- und Genusszeitpunkt sowie mögliche Bezugsquellen angegeben.

Das Buch zeigt Vielfalt. In farbigen Zeichnungen ist jede vorgestellte Obstsorte abgebildet. Natürlich auch im Querschnitt, damit man das für die Bestimmung wichtige Kerngehäuse sehen kann. „Neue Alte Obstsorten“ eignet sich nicht nur für denjenigen, der gerade eine Streuobstwiese plant, sondern lässt auch jene träumen, die mal wieder genug von Braeburn und Co haben.

Neue Alte Obstsorten; Bernkopf/Keppel/Novak; 36 Euro;

166 Farbtafeln; 15 x 21 cm;

Club Niederösterreich;

Tel: 00431/533 84 01; info@clubnoe.at

NEUE ALTE OBSTSORTEN

ÄPFEL, BIRNEN UND STEINOBST



BERNKOPF · KEPPEL · NOVAK

Club Niederösterreich

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS Januar 2007 ist am 15. Dezember 2006.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

in ganz Deutschland gesucht! Herausragende Produktpalette! Bewerbungen an vital-quadrat@gmx.de, Terminabsprache ☎ 0179-7963453

Querfeldein

● Vertriebspartner für den Aufbau des „ländlich-ökologischen Landhandels“

● Suche Wiese/Waldstück ca. 5.000 m² im Raum Korschenbroich zur Arbeit mit Hunden. Gerne auch langfristigen Pachtvertrag. Kontakt: ☎ 02161-673639 oder 0160-93839344.

Jetzt anmelden!

Mit Preisverleihung
(Preis gestiftet von Kunstlegende Otto Piene)

Positivpreis
„Blue Planet Award“
an Diane Wilson (USA)

Schmähpreis
„Black Planet Award“
an MONSANTO-Konzern (USA)

Tagung 2006
Samstag, 2. Dezember 2006
14.00 Uhr
ufaFabrik
Viktoriastr. 10/18
12105 Berlin

ethecon
Stiftung Ethik & Ökonomie
Schweidnitzer Straße 41
D-40231 Düsseldorf
Telefon 0211 26 11 210
Telefax 0211 26 11 220
eMail info@ethecon.org

www.ethecon.org

Wachsen, Wandeln, Weichen!

Wirtschaftlichkeit im ökologischen Landbau

www.wachsen-wandeln-weichen.de



Kontakt: 05542-969096

14. Witzenhäuser Konferenz

vom 06.12.2006 bis 09.12.2006

Entwicklung des ländlichen Raums in NRW

29. November 2006, Bergkamen-Heil

Bei ihrer Tagung „Entwicklung des ländlichen Raums fördern – Neue Herausforderungen brauchen neue Antworten“ sucht die SPD-Landtagsfraktion den Dialog mit Experten und Interessengruppen. Referenten sind Lars Tata, Institut für Raumplanung der Uni Dortmund; Martin Wille, Staatssekretär a. D.; Bernhard Willim, Geschäftsführer GfW im Kreis Höxter; Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer SGK NRW.

Anmeldung: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de, ☎ 0211 884 2266, brigitte.galonska@landtag.nrw.de

Die Zukunft der Milchwirtschaft nach der Quote

01. Dezember 2006, Göttingen

mit Prof. Bernhard Brümmer, Uni Göttingen; Dirk Gloy, NORDMILCH eG; Torsten Hemme, IFCN Dairy; Samuel Lüthi, Schweizer Milchproduzenten; Rudolf Schmidt, Deutscher Bauernverband

10 bis 15 Uhr, Aula am Waldweg 26, Uni Göttingen, Kontakt: ☎ 0551 39-4825, cwocken@uni-goettingen.de, www.milchwirtschaft.uni-goettingen.de

Tag der Biovermarktung

04. Dezember 2006, Schwäbisch Hall
Um der steigenden Nachfrage an Biofleisch nachkommen zu können, veranstaltet die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall für Landwirte aus Süddeutschland einen Tag der Bio-Vermarktung. Es sollen weitere Landwirte überzeugt werden, auf den ökologischen Landbau umzustellen und in artgerechte Tierhaltung zu investieren. Anschließend Besichtigung des Erzeugerschlachthofes Schwäbisch Hall.

Anmeldung: Marcus Wewer, ☎ 0791 93290-451, Fax: -459, Mobil: 0172 7277230, marcus.wewer@besh.de, www.besh.de

Berufsfeld Ökologischer Landbau

05. Dezember 2006, Freising

19 Uhr im Hörsaal 12, Anfahrtskizze unter: www.wzw.tum.de/oekoak, Arbeitskreis Ökologischer Landbau der TU und FH Weihenstephan, Kontakt: Johanna Zeitz, ☎ 08161-547957

Filmtipp: UNSER TÄGLICH BROT

05. Dezember 2006, Hamburg

Preview des preisgekrönten Dokumentarfilms, der ohne große Worte kommuniziert, was in der Nahrungsmittelindustrie hinter unserem Rücken geschieht. Anschließend Podiumsdiskussion mit Regisseur Nikolaus Geyrhalter; Harald Scholl, Slow Food Deutschland e. V.; Ulrike Brendel, Greenpeace; Georg Janssen, ABL, um 20:00 Uhr im Abaton Kino, Allende Platz 3, 20146 Hamburg

IBBK-Jahrestagung Biogas

05. und 06. Dezember 2006, Wolpertshausen

Rückblick auf das vergangene Biogas-Jahr sowie vier Intensivse-

Veranstaltungen

minare zu den Themen: politische Rahmenbedingungen; innovative Gas- und Wärmeverwertung; Substrate anbauen, lagern und vergären; Prozessbiologie. Parallel dazu findet eine Firmenkontaktbörse statt.

Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), Heimstr. 1, 74592 Kirchberg/Jagst, ☎ 7954 926-203, Fax: -204, www.biogas-Zentrum.de/ibbk

Gammelfleisch, Vogelgrippe und Turbokuh

06. Dezember 2006, Bremen

Skandale, Ängste und Fakten sind Thema der Referentin, Tierärztin Dr. Anita Idel vom Büro für Projektmanagement, Tiergesundheit & Agrobiodiversität in Berlin.

um 20 Uhr im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer, Bürgerstr. 1, Veranstalter: Verein Sozialökologie in Kooperation mit der Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, ☎ 0421-3499077

Einzelbetriebliche Naturschutzberatung

06. und 07. Dezember 2006, Witzenhausen

Initiativen in mehreren Bundesländern sind dabei, Beratungs-Testläufe für die Integration von Naturschutzziele in Biohöfen als Modellvorhaben durchzuführen. Der Workshop soll Austausch und Vernetzung der Initiativen fördern. Universität Kassel und FiBL Deutschland e. V., Kontakt: Dr. Thomas van Elsen, ☎ 05542-981655, Thomas.vanElsen@fibl.org, www.naturschutzberatung.info/

Jahrestagung Interessengemeinschaft Mischfruchtanbau

07. Dezember 2006,

85416 Langenbach

Offen für interessierte Landwirtinnen. Neben den Ernteergebnissen der Teilnehmer werden die Abschlussberichte zweier Projekte (Mischungen mit Eiweißpflanzen bzw. mit Ölpflanzen) vorgestellt. Weitere Schwerpunkte sind Mischungen zur Energienutzung (Biogas, Bioethanol), Bodenverbesserung durch Lebendmulchsysteme und Mischungen für verschiedene Richtungen des Zwischenfruchtanbaus (Futternutzung, Bodenfruchtbarkeit/Gründüngung).

von 10.00 bis 18.00 Uhr in der Gaststätte Zum Alten Wirt, 85416 Langenbach, Anmeldung: ☎ 08761-752133, info@mischfruchtanbau.de

Naturschutzziele in den Ökologischen Landbau integrieren

08. und 09. Dezember 2006,

Witzenhausen

Tagung mit Exkursion zur Hessischen Staatsdomäne Frankenhäuser unter dem Aspekt: Wie bringt man Vielfalt in die Fläche?

Universität Kassel und FiBL Deutschland e. V., Kontakt: Dr. Thomas van Elsen, ☎ 05542-981655, Thomas.vanElsen@fibl.org, www.uni-kassel.de/Frankenhausen/

Perspektive Biomarkt Niedersachsen

13. Dezember 2006, Hannover

Gemeinsame Fachtagung des Niedersächsischen Ministeriums für den

ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie der Landesvereinigung Ökologischer Landbau Niedersachsen e. V. mit vier Gesprächsforen: „Zukunftsmarkt Bio!“ mit Prof. Achim Spiller, Lehrstuhl Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte, Uni Göttingen; Markus Rippin, ZMP Bonn; „Land- und Ernährungswirtschaft in Niedersachsen – Wachstumsmotor im ländlichen Raum?“ mit Friedrich Scholten, Präsident der LWK Niedersachsen; Oliver Vogt, Unternehmensberater, Geschäftsführer Gehrke Consulting Hannover; Ulrich Prolingheuer, Geschäftsführer Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau Niedersachsen; „Bio-Betriebe in Niedersachsen – wohin geht die Reise?“ mit Wilfried Dreyer, Geschäftsführer Ökoring Niedersachsen; Heike Kuhnert, Hiltrud Nieberg, FAL Braunschweig; „Perspektiven für den Bio-Markt in Niedersachsen aus Sicht des Handels“ mit Jörg Saemisch, Plus; Horst Reinking, EDEKA; Josef Lange, Rossmann; Paul Söbbeke, Molkerei Söbbeke; Stefan Voelkel, Voelkel; Hermann Heldberg, Naturkost Elkershausen; Michael Radau, SuperBiomarkt Osnabrück. Abschließend Podiumsdiskussion: Wie kann der wachsende Bedarf am Markt mit niedersächsischer Bio-Ware abgedeckt werden?

Anmeldung bis 1. Dez. an: Landesvereinigung Ökologischer Landbau Niedersachsen e. V. (LÖN), ☎ 04262 9593-70, Fax: -77, info@oeko-komp.de, www.ml.niedersachsen.de, www.oeko-komp.de

Organisch-biologischer Land- und Gartenbau

14. bis 17. Dezember 2006

Veranstaltung für Praktikanten, Auszubildende, FÖJ-ler und andere Interessierte mit den Schwerpunkten: Existenzmöglichkeiten für junge Menschen im organisch-biologischen Land- und Gartenbau, Boden- und Bodenbearbeitung, Fruchtfolgeplanung, artgerechte Schweine- und Rinderhaltung, Vermarktung, Gentechnik und ökologischer Landbau.

Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen, ☎ 02681-951623, Fax: -70206, heuser@lja.de

Ökologischer Weinbau

08. bis 11. Januar 2007, St. Ulrich

Einführungskurs

Anmeldung bis 18. Dez. an die Katholische Landvolkshochschule St. Ulrich, ☎ 07602 9101-0, Fax: -90, info@St-Ulrich-LVHS.de

Neue Zuchtstrategien für Milchviehalter

16. Januar 2007, Kirchweidach

Referent Dr. Thomas Grupp ist Leiter der Besamungsstation Grub. um 19.30 Uhr im Gasthof zur Post in Kirchweidach, Veranstalter: Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach und AbL-Regionalgruppe Chiemgau, Andreas Remmelberger, ☎ 08679-6474

Hofübergabeseminar

27. und 28. Januar 2007, Hohebuch

Ländliche Heimvolkshochschule Waldenburg-Hohebuch, ☎ 07942 107-0, Fax: -77



Neuer AbL-Vorstand

Die Mitgliederversammlung der AbL hat am 18. November in Altenkirchen einen neuen AbL-Bundesvorstand gewählt. Im Bild (von links nach rechts): Uwe Schreiber (Kassierer), Mute Schimpf (Beisitzerin), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Vorsitzender), Maria Heubuch (Vorsitzende), Bernd Voß (stellv. Vorsitzender), Eberhard Prunzel-Ulrich (Beisitzer). Nicht im Bild sind Elisabeth Waizenegger (stellv. Vorsitzende) und Claudia Schievelbein (Schriftführerin). Foto: Jasper



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif, Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga, Tel.: 05673/3540

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636, E-Mail: ewfrisch@aol.com, Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613

Baden-Württemberg

Landesverband: Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen, Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen / Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

Kühe bei Karstadt

„Lotte, auf chrhhh.“ Es ist nicht sehr kalt an diesem regnerischen Dezembertag kurz vor Weihnachten, aber ich bin schon mit Halsweh und Gliederschmerzen aus dem Bett gekrochen. Als ich die Kühe mit Anfeuerungsrufen zum Melken treiben will, bekomme ich nur ein Krächzen heraus. Und nun im Melkstand merke ich, wie mir die feuchte Kälte an den Beinen hochkriecht und mich zum Niesen reizt. Als ich versuche, mir die Füße zu wärmen, indem ich mir die Gummistiefel mit dem warmen Wasser aus der Euterdusche abspritze, bemerke ich, dass im rechten Stiefel eine undichte Stelle ist. Nun habe ich also auch noch einen nassen Fuß.

Die Arbeit geht mir nur langsam von der Hand und neben den benutzten Eutertüchern stapelt sich in rasantem Tempo ein ebenso großer Haufen mit benutzten Taschentüchern. In einer Art Dämmerzustand arbeite ich mich vorwärts. Nur gut, dass die Handgriffe so vertraut sind. Irgendwann sind die 40 Kühe gemolken. Es ist 6.20 Uhr und ich habe nur 10 Minuten länger gebraucht als sonst. Jetzt schnell zurück ins Warme, den Sohn aufwecken, Frühstück zubereiten, die Adventskerzen anzünden und dann erstmal die Füße an die Heizung halten und einen ersten Blick in die Zeitung werfen. Der Tee wärmt von innen. Langsam kommt wieder Leben in mich. Und nun wird's doch wieder hektisch. Der Sohn kommt zu spät an den Frühstückstisch: „Ist deine Schultasche gepackt, vergiss dein Schulbrot nicht, hast du die Zähne geputzt, gleich fährt der Schulbus ohne dich...“

Als auch das vorbei ist, denke ich, vernünftig wäre es jetzt, sich für den Rest des Vormittags ins Bett zu legen, um für das Nachmittags-Melken wieder fit zu sein. Aber ich hatte mir vorgenommen, heute die Weihnachtseinkäufe zu erledigen. Also entscheide

ich mich für das Unvernünftige, gehe noch einmal zum Stall, um die Kälber zu tränken und die Kühe zu füttern und mache mich dann auf den Weg in die Stadt.

Während der Fahrt beschleicht mich ein beunruhigendes Gefühl: Ich hatte zwar das Stalltor aufgemacht, damit die Kühe auf ihre Auslaufkoppel gelangen können, hatte aber in der Eile nicht den Stromdraht des Weidezaunes von Treibweg und Koppel auf seine Funktion überprüft.

Mit wachsender Entfernung von zu Hause wächst auch meine Beunruhigung.

beginne, gegen die Menschenmassen zu kämpfen, um meine Kühe wiederzufinden. Die Spur führt nach oben. Ich will die Rolltreppe nehmen, um schneller zu sein, erwische jedoch eine, die von oben herab kommt. Endlos lange laufe ich gegen die mir entgegenkommenden Stufen an. Nach einer Ewigkeit habe ich es geschafft und bin oben angekommen. Ich renne durch die Gänge, immer den Hinterlassenschaften meiner Kühe folgend.

Der Himmel weiß, warum die Sonderangebotsschilder immer genau so hoch gehängt sind, dass sie Leuten, die 1,96 m groß sind, vor den Kopf schlagen. Ich laufe durch die Mützenabteilung, da passiert es, dass eines dieser Schilder mir meine Mütze vom Kopf wischt. Sie fällt genau auf einen dicht umlagerten Wühltisch mit unzähligen Mützen, die aussehen, wie meine. Ich brauche nicht zu sagen, dass ich wiederum eine Ewigkeit brauche, bis ich meine Mütze wiedergefunden und auf den Kopf gesetzt habe.

Weiter geht es. Beim Laufen denke ich mit Schrecken daran, welches Verkehrschaos und welchen Schaden die Kühe wohl vor dem Betreten des Kaufhauses beim Überqueren des Herrmannplatzes gemacht haben. Ich komme zu einer schweren Stahltür, die auf das Parkdeck führt. Ich öffne die Tür und trete hinaus in eine tief verschneite, wunderschöne Gebirgslandschaft. Hinten am Hang in einem kleinen Wäldchen stehen meine Kühe und knabbern friedlich an den jungen Ästen der Bäume.

Da hupt es plötzlich hinter mir. Es ist das Postauto auf dem Hof, welches mich aus meinem Fiebertraum aufgeweckt hat. Die Postfrau überreicht mir ein Paket mit Weihnachtsgebäck von meiner Mutter. Das Nachmittags-Melken klappt heute besonders reibungslos. Wer weiß, was die Kühe so tagsüber alles geträumt haben.

Claus-Uwe Erb



Foto: Erdmanski-Sasse

In der Stadt angekommen, tauche ich ein in den vorweihnachtlichen Konsumrummel, betrete das Kaufhaus und vertraue mich dem sich durch die Gänge schiebenden Menschenstrom an. Doch ich schein der einzige zu sein, der es bemerkt: Auf dem Fußboden überall Kuhscheiße! Nun weiß ich, dass meine Ängste berechtigt waren. Mein Puls steigt und ich

unabhängige bauernstimme: Frohes Fest

12/2006

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221